Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 M., durch die Post 2,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.
Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Quellenangabe: „Saale-Ztg." gestattet.
Fernsprecher der Redaktion Nr. 1140; Geschäftsstelle Nr. 176; Nebengeschäftsstelle (Markt 24) Nr. 2265.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Große Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Zweiundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von unseren Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.
Redaktion und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.
Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 13. **Halle a. S., Donnerstag, den 9. Januar** **1908.**

Wahlrechtsbetrachtungen.*)

Von Dr. Wichmann.

III.

Das wichtigste Kapitel ist die preußische Wahlreform. Hier sollen nur die Hauptpunkte, auf die es ankommt, kurz herausgegriffen werden. In den letzten Jahren kam die preußische Wahlreform im preußischen Abgeordnetenhause wiederholt zur Sprache. Als im Januar 1904 der damalige Minister des Innern die Erklärung abgab, daß er niemals dafür zu haben sein werde, die Grundlage des bestehenden Wahlgesetzes zu ändern, wandte sich die Aktion der Wahlrechtsreformer auf eine Aenderung der Wahlkreiseinteilung, wobei die Freikonservativen durch Einbringung eines Antrages Arendt den Anfang machten. Zu diesem Arendtschen Antrage wurde am 23. März 1904 ein freisinnig-nationalliberaler Abänderungsantrag eingebracht, der außer der Teilung übergroßer Wahlbezirke eine allgemeine anderweite Feststellung aller Wahlbezirke, und außer einer Neubestimmung der Gesamtzahl der Abgeordneten auch eine solche der Wahlorte verlangte. Ferner wurde statt der Bezirksdrittelung eine Zwölftelung der ganzen Wahlkreise, wie sie bei den Stadtverordnetenwahlen in einzelnen Städten eingeführt ist, und für die Wahlhandlung ein bequemeres, in den östlichen Provinzen erprobtes Verfahren gefordert. Diese Anregungen blieben unberücksichtigt bezw. scheiterten am Widerspruch des Herrenhauses. Nach Hammersteins Rücktritt brachte der neue Minister des Innern, Herr v. Bethmann-Hollweg, eine geringfügige Reform insofern zustande, als er am 18. März 1906 einen Gesetzentwurf einbrachte — der dann auch Annahme fand —, der einige große Wahlkreise wie Berlin, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, einige oberschlesische und rheinisch-westfälische Wahlkreise neu abgrenzte und insgesamt zehn Abgeordnete mehr bewilligte. Berlin erhielt statt 9 Abgeordneter deren zwölf. Bei der Beratung dieser beiden Gesetzentwürfe hielt Minister von Bethmann-Hollweg eine bemerkenswerte Rede über den Standpunkt der preußischen Regierung zur Wahlrechtsfrage, worin er diesen Standpunkt wie folgt präzisierte: „Das sei gerade das verderbliche unserer Zustände, daß diejenigen Kräfte, welche die Produzenten unserer materiellen und geistigen Güter seien, welche das wirkliche Leben schaffen, vielfach seitab stehen, daß von dem, was sie wollen, was sie anstreben, so unendlich wenig hinüberdringe in das Gewoge unserer politischen Kämpfe. Und doch seien diese Kräfte vorhanden, und was sie wollten, sei nicht demokratische Gleichmacherei." Damit hat der Minister sich also zunächst gegen den Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ausgesprochen. Er fuhr dann fort: „Die Kräfte, die nicht nivellieren, seien zu finden in den Fortschritten unserer Industrie, den Erfindungen auf dem Gebiete der Technik, der Chemie, dem erobernden Fleiß des Kaufmanns, der Entwickelung der Landwirtschaft und dem gewaltigen Aufstreben der Arbeiterschaft, ferner der modernen Schriftstellerei, in den die Zeit bewegenden religiösen Fragen und in der Entwickelung der Philosophie." Schließlich erklärte der Minister, daß es gelte, die Wahlrechtsfrage unter dem Gesichtspunkte zu lösen, daß unser politisches Leben nicht verödete und verflache, sondern emporgehoben und vergeistigt werde. Die wirklich treibenden und schaffenden Kräfte unserer Nation wollten von einer anorganischen, unhistorischen und ideallosen Auflösung des Volkskörpers nichts wissen. Es gelte, diese Elemente — also die organischen, historischen und idealen Elemente — zusammenzufassen. „Es könne und werde kein Wahlrecht der Zukunft geben, das sich nicht aufbaue auf dem offenen und ehrlichen Zusammenarbeiten aller dieser Elemente." Die Ausführungen des Ministers waren nicht so klar, daß man nun sagen könnte, wie er sich die Lösung des Problems eigentlich praktisch gedacht hat. Die Nationalliberalen lasen aus seinen Worten heraus, daß er ein Pluralwahlrecht beabsichtige. Es ist aber unmöglich, daß der Minister an die Einführung eines sogenannten organischen Wahlrechts gedacht hat, d. h. einer Volksvertretung, die der Forderung Mirabeaus entspricht, daß sich der Landtag zur Nation verhalten solle wie die Landkarte zur physischen Gestaltung des Landes, mit anderen Worten, daß sie ein getreues Abbild der gesamten sozialen Gruppierungen des Landes verkörpern soll, so daß also jede Berufsgruppe in einem gewissen Verhältnisse zu den anderen Berufsgruppen ihre Sondervertretung im Landtage fände. Also ein Berufswahlrecht! Hierbei erwächst, von anderen politischen Bedenken abgesehen, die große Schwierigkeit, eine einigermaßen gerechte Auswahl der Verteilung unter den nach Vertretung verlangenden Interessen vorzunehmen, so daß eine solche Lösung, die Einführung eines Berufswahlrechts, als ein geradezu unglückseliger Gedanke zu bezeichnen wäre. Ob die preußische Regierung noch auf dem Boden der Anschauungen v. Bethmann-Hollwegs steht, ist nicht bekannt. Der neue Minister des Inneren, v. Moltke, hat sich über die Frage noch nicht geäußert.

Ueber die Stellung der Parteien sowiel, daß die Freisinnigen bei dieser Debatte im März 1906 den Antrag stellten, das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Preußen einzuführen und eine Aenderung der Wahlkreise auf Grund der Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und eine Neubestimmung der Gesamtzahl der Abgeordneten vorzunehmen. Lehne die Staatsregierung diese Vorschläge ab, so ersuchten die Freisinnigen allein um eine Neuordnung der Wahlbezirke, Neuregelung der Gesamtzahl der Abgeordneten und Neubestimmung der Wahlorte, sowie um Einführung der geheimen Wahl für die Wahlmännerwahlen. Die Nationalliberalen reichten einen Antrag ein, wonach sie zunächst eine Neueinteilung der Wahlbezirke und Neufestsetzung der Zahl der Abgeordneten forderten, alsdann ein Pluralwahlrecht verlangten mit Mehrstimmen für höhere Steuerleistung, höhere Bildung und höheres Alter, ferner ein erweitertes Wahlrecht für die Wähler der dritten Abteilung und schließlich das Proportionalsystem zur Ermöglichung einer Vertretung für die Minoritäten wünschten. Die Forderung eines erweiterten Wahlrechts für die Wähler der dritten Abteilung war dabei nichts mehr als eine schöne Deboration.

Im Laufe dieses Jahres hat dann die Wahlrechtsdebatte in der öffentlichen Diskussion eine große Rolle gespielt. Die Freisinnigen sahen vor den Sommerferien von der Wiedereinbringung ihres Wahlrechtsantrages zunächst ab, haben dann aber bei Beginn der Winterkampagne ihren Antrag erneut zur Diskussion gestellt und die Regierung wird sich am 10. Januar darüber äußern.

Ueber die Mängel unseres heutigen preußischen Dreiklassenwahlsystems ist man in allen liberalen Kreisen einig. Seine grundlegende Bestimmung besagt, daß nach Maßgabe der direkten Staatssteuerleistung die Urwähler in drei Klassen geteilt werden; das Fazit dieser Einteilung ist, daß die beiden ersten Klassen zusammen im Durchschnitt etwa ein Siebentel der Bevölkerung ausmachen, während die dritte Klasse allein etwa sechs Siebentel umfaßt. Im Jahre 1903 fielen auf die erste Abteilung 3,36 Proz., auf die zweite 12,07 Proz. und auf die dritte 84,57 Proz. der gesamten Wählerzahl des Staates. Sobald die erste und zweite Klasse einig sind, ist die dritte zu völliger Einflußlosigkeit verurteilt. Die öffentliche Stimmabgabe sorgt dafür, daß die zweite Klasse in die Abhängigkeit von und Gemeinschaft mit der ersten Klasse gedrängt wird. Bis zum Jahre 1890 war die vorgeschriebene Drittelung der Wähler nach dem Steuerbetrage für die Urwähler des ganzen Wahlkreises verfügt. Im Jahre 1890 wurden die einzelnen Wahlbezirke des Wahlkreises, die 750—1750 Seelen umfassen, gedrittelt. Hierdurch traten die sonderbarsten Erscheinungen zutage, die man unter dem Namen „Wahlkuriosa" kannte. Die andere Steuerverrechnung, die am 29. Mai 1893 im Anschluß an die Miquelsche Steuerreform eingeführt wurde, hatte nur eine geringfügige Modifizierung der Verteilung der Wähler in die einzelnen Klassen zur Folge. Der vor einigen Jahren gemachte Versuch, an Stelle der Drittelung die Zwölftelung der Gesamtsteuersumme einzuführen und dadurch eine Verschiebung der Wähler aus der dritten in die zweite und aus der zweiten in die erste Klasse zu bewirken, scheiterte an dem Widerspruch des Herrenhauses. Man hat neuerdings auf konservativer Seite den Versuch gemacht, dem preußischen Wahlrecht den Klassencharakter abzusprechen. Der konservative Abg. Vorster sucht das preußische Wahlrecht in einer Broschüre als das Ideal staatsmännischer Weisheit hinzustellen, indem er den statistischen Nachweis versucht, daß in 95 Proz. aller Fälle dem Einkommen mittlerer Höhe die zweite Abteilung offen stehe. Es sei also so recht das Wahlrecht des Mittelstandes. Dann müßte doch der Mittelstand tatsächlich auch im Abgeordnetenhause vertreten sein, was aber bekanntlich nicht der Fall ist, ebenso wenig wie der Arbeiterstand dort seine Vertretung findet. Nur eine Klasse kann bei den preußischen Wahlen siegen: die Plutokratie. Durch die öffentliche Stimmenabgabe gerät eben die Mittelschicht in Abhängigkeit von der Plutokratie und in der dritten Abteilung wählt man überhaupt nicht. An dem Klassencharakter des bestehenden Wahlrechts ist vernünftigerweise nicht zu zweifeln. Daß das Wahlrecht den Zweck eines Wahlrechts, die wahre Ansicht des Volkes kennen zu lernen, in keiner Weise erfüllt, lehrt ein Blick auf die Ziffern der Wahlbeteiligung. Während bei den letzten Reichstagswahlen im Durchschnitt über 80 Proz. der Wahlberechtigten ihr Wahlrecht ausübten, betrug für das preußische Abgeordnetenhaus der Durchschnitt nur 23 Proz. In der ersten Abteilung war die Wahlbeteiligung 49 Proz., in der zweiten 34 Proz. und in der dritten 21 Proz. im Durchschnitt. „Das ist", wie die Frankfurter Zeitung einmal hervorhob, „ganz natürlich. Die erste Klasse wählt konservativ, nationalliberal oder ultramontan, die zweite wenigstens teilweise, die dritte aber, die zumeist freisinnige oder sozialdemokratische Stimmen abgeben, wählt zu ⅔ lieber gar nicht, um sich den Unannehmlichkeiten der öffentlichen Stimmabgabe nicht auszusetzen." In einzelnen Wahlbezirken des Ostens sinkt die Wahlbeteiligung in der dritten Klasse bis auf 1,85 Proz. der Wahlberechtigten. In der dritten Abteilung wurden im Jahre 1903 300 984 sozialdemokratische Stimmen abgegeben = 23,87 Proz. der Gesamtzahl, wogegen die nächst stärkste, die konservative Partei, nur 221 000 Stimmen aufbrachte = 17,53 Proz. Die Sozialdemokratie setzte die Wahl eines Abgeordneten nicht durch, die konservative Partei erreichte 143 Mandate.

Einer der wundesten Punkte des preußischen Wahlrechts ist die Wahlkreiseinteilung. Darüber hat Rechtsanwalt Wolff in Stettin instruktive Mitteilungen veröffentlicht. Der jetzigen Wahlkreiseinteilung, die aus dem Jahre 1860 stammt, liegen die Resultate der Volkszählung von 1858 zugrunde. Man nahm damals als Durchschnittszahl pro Abgeordneten 50 000 Einwohner an. Die heutige Durchschnittsziffer würde sein pro Abgeordneter 84 100 Einwohner. Heute gibt es nach Rechtsanwalt Wolff unter den 276 Wahlkreisen 183, in denen weniger als 84 100 Einwohner auf einen Abgeordneten entfallen, und 93 Wahlkreise, in denen mehr als 84 100 Einwohner auf einen Abgeordneten entfallen. Die 183 zu leichten Wahlkreise haben eine Gesamtbevölkerung von 19 Millionen, die 93 zu schweren Wahlkreise eine Gesamtbevölkerung von 18 Millionen. Preußen ist also danach in zwei Bevölkerungsteile geschieden, von denen der eine, die privilegierte Hälfte, 304 Abgeordnete wählt, während die zweite, die deklassierte Hälfte, bloß 139 Abgeordnete zu wählen befugt sind. Die Privilegierten sind natürlich die landwirtschaftlichen Bewohner, die Deklassierten die Städte.

In der Provinz Sachsen ist die Durchschnittszahl für einen Abgeordneten je 77 094 Einwohner. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Wahlkreisen sind so, daß Heiligenstadt-Worbis die geringste Ziffer pro Abgeordneten aufweist, nämlich 41 287 Einwohner, und Erfurt die höchste Ziffer, nämlich 133 617 Einwohner pro Abgeordneten. Halle ist am zweitschlechtesten gestellt, mit 123 166 Einwohnern pro Abgeordneten d. h. der Wähler in Heiligenstadt-Worbis besitzt ein ebenso großes Wahlrecht als drei Hallenser Wähler zusammen genommen. Eine gerechte Wahlkreiseinteilung ist das Haupterfordernis einer Wahlrechtsreform. Stadt und Land muß gleich gestellt werden. Die Landbevölkerung darf nicht auf dem Gebiete des Wahlrechts eine Diktatur über das städtische Bürgertum ausüben.

Wie das Wahlrecht sein soll? Darüber geben die Parteiprogramme der Volksparteien genügend Aufschluß. Jedenfalls darf es nicht derart sein, daß die große Masse des Volkes von einer Vertretung ihrer Lebensinteressen ausgeschlossen ist. Mit Recht sagt Georg Meyer: „Die Zulassung der Arbeiter zu den politischen Rechten bewirkt, daß in den Kreisen derselben eine, wenn auch nur relative, Zufriedenheit entsteht. Sie kann deshalb als ein Schutzmittel gegen revolutionäre Erhebungen angesehen werden." Das beste Schutzmittel dieser Art würde es sein, wenn das preußische Wahlrecht demokratisiert, d. h. in der Richtung auf die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ausgebaut würde, was schon deshalb geboten erscheint, damit eine innere Zerklüftung des Deutschen Reiches, sein Auseinanderfallen in einen verfassungsrechtlich freiheitlichen Süden und einen reaktionären Norden vermieden wird.

*) Vergleiche Nr. 9 und 11 der Saalezeitung.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

— Zum Botschaftssekretär bei der französischen Botschaft in Berlin ist Lefèvre d'Ormesson ernannt worden.

— Der erbliche Adel ist dem Generalleutnant z. D. Gustav Hoppenstedt in Kiel verliehen worden.

Der preußische Etat.

Der im preußischen Landtage gestern eingebrachte preußische Etat für 1908 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 362 021 686 Mk. ab. Gegenüber den Veranschlagungen von 1907 zeigen die Schlußsummen von 1908 eine Erhöhung um 161 947 766 Mk. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen sind die ordentlichen Ausgaben um 113 583 194 Mark höher angesetzt, was hauptsächlich zu erklären ist durch die Bereitstellung von 77 Millionen Mark zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die in Aussicht genommene allgemeine Aufbesserung der Dienstbezüge von Beamten, Geistlichen und Volksschullehrern. Von den Mehrüberschüssen entfällt der größte Teil mit 22 654 200 Mark auf die Verwaltung der direkten Steuern, bei welcher die Einnahmen aus der Einkommensteuer um 18 Millionen und aus der Ergänzungssteuer um 5 Millionen höher angesetzt wurden. An den Minderüberschüssen ist in erster Linie die Eisenbahnverwaltung beteiligt mit 15 677 045 Mark. U. a. weisen die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung einen Mehrbedarf von 14 646 266 Mark, die Verwaltung der öffentlichen Schuld eine Mehrausgabe von 15 470 844, das Finanzministerium einen Mehrbedarf von 80 920 058 Mk. auf, darunter 77 Mill. zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die Erhöhung der Dienstbezüge von Beamten usw.

Die Krisis im Flottenverein.

Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: „Es bestätigt sich, daß auch der Großherzog von Oldenburg für den Fall, daß General Keim geschäftsführender Vorsitzender bleibt, das Protektorat über den oldenburgischen Landesverband niederlegen wird, da er der Ansicht ist, daß die Wirkung, die ein großer nationaler Verein ausüben soll, sonst verloren gehen müßte. Auch die Anschauung über die Stellungnahme des Prinzen Rupprecht hat sich nach der dem General Keim gewährten Unterredung nach keiner Richtung geändert."

Die Grundzüge des Branntweinmonopol-Entwurfs.

Die „Frankf. Ztg." ist in der Lage, die Grundzüge des Branntweinmonopol-Entwurfs, den die Regierung vorlegen will, zu veröffentlichen. Das Wesentliche ist, wie in Ergänzung einer früheren Meldung zu berichten ist, aus folgenden Angaben zu ersehen:

Der Monopolbetrieb des Reiches soll in der Weise vor sich gehen, daß das Reich den Branntwein vom Brenner kauft, ihn reinigt und ihn dann an den Destillateur, Händler oder Schankwirt weitergibt. Nur die kleineren Brennereien („Abfindungsbrennereien") bis zu zehn Hektoliter Jahreserzeugung, sollen aus dem Monopol ausgeschaltet sein und über ihre Ware frei verfügen können. Bei der Bemessung des „Branntweinankaufspreises", den das Reich den landwirtschaftlichen Brennern zahlt, soll ein „Branntweingrundpreis" zu Grunde gelegt werden, und dieser Branntweingrundpreis soll so hoch sein, daß er die durchschnittlichen Herstellungskosten des Alkohols in gut geleiteten landwirtschaftlichen Kartoffelbrennereien mittleren Umfanges deckt, wobei davon auszugehen ist, daß die Schlempe kostenfrei zur Verfügung des Brennereibesitzers bleibt. Der Branntweinankaufspreis wird nun nicht für jedes Quantum gezahlt, sondern nur für die Menge, die sich innerhalb des „Brennrechts" jeder Brennerei hält, d. h. des Kontingents, das jedem Betriebe nach bestimmten Grundsätzen zuerteilt werden soll. Die alte Art der Kontingentierung wird durch diese „Brennrechte" ersetzt. Für das von einer Brennerei hergestellte Superkontingent wird ein erniedrigter Ankaufs-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080109010/fragment/page=0001

preis, der „Ueberbrandpreis", gezahlt. Für die gewerblichen Brennereien kommt dann noch ein dritter Preis hinzu. Alle diese Ankaufspreise sind gestaffelt und variieren bis zu 12 Mark pro Hektoliter r. A. in etwa 30 Abstufungen je nach Betriebsumfang, Brennrecht und Betriebsart. Ebenso wie das bisherige Kontingent wird auch die gesamte bisherige Branntweinbesteuerung durch das Monopol erledigt. Die verschiedenen jetzt geltenden Branntweinsteuern werden dadurch ersetzt, daß das Reich den gereinigten Branntwein zu einem Preise weiterverkauft, der ihm eine höhere Einnahme, als die jetzigen Steuern ergaben, sichert; der Entwurf nennt diesen Preis den „Branntweinverkaufspreis". Alle diese Preise sollen vor dem „Betriebsamt", in dessen Händen die Verwaltung des Monopols liegt, in gemeinschaftlicher Beschlußfassung mit einem Beirat endgültig festgesetzt werden; je nach der Marktlage können dabei die Vorschriften des Gesetzes und die einzelnen Brennrechte in bestimmtem Umfang modifiziert werden. Der Entwurf sieht ferner eine Reihe von Entschädigungen vor: an die Spritfabriken, deren Angestellte sowie an die Angestellten der Spirituszentrale. Die Brennereien, die bisher am Kontingent beteiligt waren, sollen als Ersatz für die wegfallende Liebesgabe zehn Jahre auf jeden Hektoliter ihres Alkohols 10 Mark gutgeschrieben erhalten. Den süddeutschen Brennereien soll ein dauernder Preisaufschlag von 5 Mark garantiert werden.

Ueber die Einzelheiten der Vorlage sei nach der „Frkf. Zeitung" noch folgendes gesagt: Die Denaturierung des Spiritus soll ebenfalls durch das Reich erfolgen. Der Preis des denaturierten Spiritus soll für die nächsten fünf Jahre auf 25 Mark pro Hektoliter festgestellt werden. Das Reich muß also beim denaturierten Spiritus zusetzen und den Verlust, der dadurch entsteht, auf den Preis für Trinkbranntwein schlagen. Auch für den Export ist ein erniedrigter Verkaufspreis vorgesehen, so daß also zu erwarten ist, daß die Monopolverwaltung gelegentliche Produktionsüberschüsse zu Unterpreisen an das Ausland liefern und die ausländischen Konkurrenten der deutschen weiterverarbeitenden Industrien (Parfümerien, Lackfabrikation, chemische Industrien) zum Schaden des Inlandes unterstützen wird. — Die vom Monopol erfaßten Betriebe müssen alle als „Verschlußbrennereien" eingerichtet werden, d. h. Brennvorrichtung, Sammelgefäße und Rohrleitungen müssen unter amtlichen Verschluß genommen werden; der gesamte gewonnene Branntwein muß in Sammelgefäße geleitet werden, die bestimt formulierten Voraussetzungen entsprechen. Für Qualitätsbrennereien wird es technisch ganz unmöglich sein, diesen Vorschriften zu entsprechen, da sie keine Massenproduktion einheitlicher Qualitäten haben. Technische Bedenken sprechen auch gegen die beabsichtigte Wiedereinführung des Reinigungszwanges, der voraussichtlich die Verarbeitung von kohlefiltrierten Branntwein unmöglich machen würde.

Im Reichstag

fand gestern die erste Plenarsitzung nach den Weihnachtsferien statt. Der Präsident Graf zu Stolberg-Wernigerode begrüßte die Abgeordneten im neuen Jahre und teilte mit, daß er die Interpellation Graf Kanitz betreffend den hohen Bankdiskont auf die Tagesordnung vom 14. d. M. setzen werde. Erster Gegenstand der heutigen Tagesordnung ist die Fortsetzung der Beratung des Antrages Graf Hompesch (Zentr.) betr. Erhaltung und Förderung des Handwerkerstandes und des kaufmännischen Mittelstandes. Namens der Antragsteller ergreift das Schlußwort der Abg. Irl (Zentr.). Redner dankt im Namen der Antragsteller für die einmütige Bereitwilligkeit des Hauses, dem Handwerkerstande zu helfen. Der Redner wendet sich darauf in längeren Ausführungen gegen die sozialdemokratische Agitation, die die Handwerkerorganisation bekämpft.

Religion und Konfession.

— Der Deutsch-Evangelische Kirchenausschuß tritt am 8. und 9. d. M. in Berlin unter dem Vorsitz des Wirkl. Geh. Rats D. Voigts zusammen.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

7. Sitzung vom 8. Januar.

Am Ministertisch: Freiherr **v. Rheinbaben, Dombois, Wallach, Mölle, Breitenbach, Holle.**

Präsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr.

Das Haus ehrt das Andenken des verstorbenen Abgeordneten v. Schierstädt (kons.) durch Erheben von den Plätzen.

Finanzminister Freiherr **v. Rheinbaben** überreicht dem Präsidenten den Staatshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1908 nebst Anlagen und beginnt sodann seine Ausführungen mit einem Rückblick auf das abgelaufene Etatsjahr 1906. Dieses hat im Zenit der wirtschaftlichen Entwickelung gestanden und mußte auf die Finanzlage günstig einwirken. Aber unvorhergesehene Ereignisse ändern das erwartete Bild. Der überaus lange und strenge Winter hat die Mehreinnahme der Eisenbahn um 13,4 Millionen gegenüber dem Anschlag verringert, die Mehrausgabe um 8,1 Millionen vermehrt. Statt des in meiner vorjährigen Etatrede angenommenen Ueberschusses von 30 bis 37 Millionen gegenüber dem Voranschlag beträgt er nur 14,5 Mill.; da aber 55,3 Millionen noch aus dem Vorjahre zu verrechnen sind, beziffert sich der virtuelle Ueberschuß des abgelaufenen Etatsjahres auf 79 bis 80 Millionen.

Nunmehr das laufende Etatsjahr 1907.

Ich habe im Vorjahre ausgeführt, daß unsere wirtschaftliche Lage im allgemeinen gesund ist, daß aber ein gewisser Rückschlag eintreten wird. Dieser Umschwung ist tatsächlich in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 eingetreten und hat sich namentlich bei der Eisenindustrie bemerkbar gemacht. Zwar ist unsere Rohproduktion gestiegen, aber die Preise in Roheisen und Stabeisen sind abgesaut. Unter dem hohen Goldstand hat auch die Bautätigkeit sehr gelitten, aber im allgemeinen kann man sagen, daß unsere Beschäftigung auf der alten Höhe geblieben ist, wenngleich Ausnahmen zu bemerken sind, und daß die Werke bemüht sind, nach Möglichkeit Arbeiterentlassungen zu vermeiden. Als günstiges Moment darf man es bezeichnen, daß Amerika entsprechend seinem geringeren Konsum seine eigene Produktion eingeschränkt und bisher noch nicht den Versuch gemacht hat, Eisen zu Preisen auf unseren Markt zu werfen, zu denen wir nicht konkurrieren können.

Der Minister prüft dann, wie sich diese ungünstigen Umstände auf die großen Betriebsverwaltungen und namentlich auf die Eisenbahnen geltend gemacht. Die Einnahmen der Eisenbahnen waren für 1906 um 69 Millionen höher geschätzt als im Vorjahre. Diese Mehreinnahmen haben wir tatsächlich erreicht bis Ende November des vergangenen Jahres. Die Eisenbahnverwaltung schätzt, daß in den letzten vier Monaten des Etatsjahres die Einnahmen nur um 7,2 Millionen steigen. Sie rechnet beim Personenverkehr mit einem Minderüberschuß von 9,6 Mill. Mark. (Lebhaftes Hört, hört!) Im Güterverkehr auf ein Plus von 17 Millionen. Diese Schätzungen sind sehr vorsichtig, und ich gehe wohl nicht zu weit, wenn ich den noch zu erwartenden Ueberschuß auf 20 bis 30 Millionen schätze.

Dagegen haben sich die Ausgaben der Eisenbahn über alles Erwarten ungünstig gestaltet. (Lebhaftes Hört, hört! rechts.) Sie betrugen bis September 75 Millionen Mark und werden neuerdings auf 106 Millionen Mark geschätzt. (Wiederholtes Hört, hört!) Besonders große Mehrausgaben sind durch die Ueberschreitungen bei den Löhnen und durch die allgemeine Preissteigerung für die meisten Materialien, namentlich die Kohlen (Hört, hört! links) entstanden. Im übrigen wird der Eisenbahnminister bei seinem Etat wohl mitteilen, welche Maßnahmen er getroffen hat, um wieder zu einem befriedigenderen Betriebsabschluß zu gelangen. Besonders bemerkenswert ist die Steigerung des Betriebskoeffizienten. Während er 1889 nur 54,83 Prozent betrug, erreichte er 1906 die Höhe von 62,63 Prozent und wird 1907 voraussichtlich auf 67 Prozent steigen. (Hört, hört!) Das beweist, wie teuer der ganze Betrieb geworden ist. Es war immer unser Stolz, mit günstigen Koeffizienten zu arbeiten, und wir müssen alle Kraft anwenden, den Betriebskoeffizienten auf angemessener Höhe zu halten. Die Eisenbahnverwaltung wird für 1907 voraussichtlich um 81,5 Millionen hinter dem Etat zurückbleiben, nach einer anderen, günstigeren Berechnung der Einnahmen um 58 bis 68 Millionen. Eine weitere Verschlechterung wird voraussichtlich die Bergverwaltung aufweisen, um 7,3 Millionen. Sie schätzt ihre Mehreinnahmen ungefähr auf 16,1 Millionen; dem stehen aber auch Mehrausgaben gegenüber, die sie auf 23,4 Millionen veranschlagt, und die hauptsächlich in den Lohnsteigerungen und umfassenden kostspieligen Sicherungsmaßnahmen begründet sind. Die indirekten Steuern würden voraussichtlich mit einem Minderertrag von 1,9 Millionen abschließen, insbesondere bei der Stempelsteuer, weil durch den großen Bauarbeiterstreik das Bau- und damit auch das Grundstücksgeschäft erheblich beeinträchtigt wurde. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung wird voraussichtlich ein Mehrbedarf von 4,2 Millionen erforderlich sein, da die für die gesundeten Matrikularbeiträge in Reserve gestellten 30 Millionen nicht ausreichen werden. Das Verhältnis zum Reich wird vielleicht sogar noch eine weitere Verschlechterung dadurch erfahren, daß die Ueberweisungssteuern voraussichtlich um 7,3 Millionen hinter dem Etat zurückbleiben werden. Die Bauverwaltung wird um 11,7 Millionen, die direkten Steuern um 18,2 Millionen günstiger abschließen. Aber das reicht entfernt nicht, um das ungünstige Ergebnis der Bergverwaltung und Eisenbahnverwaltung wett zu machen, und so wird das voraussichtliche Defizit des Rechnungsjahres 1907 sich auf 68 Millionen oder nach einer günstigeren Schätzung der Einnahmen der Eisenbahnverwaltung auf 45 bis 55 Millionen stellen, zu deren Deckung der Ausgleichsfonds der Eisenbahnverwaltung heranzuziehen ist.

Unter diesen Umständen ist es schwer gewesen, im vorigen Jahre die Teuerungszulagen für die Beamten aufzubringen. Ich bin wegen meiner Haltung zu dieser Frage schwer angegriffen worden, ich kann aber nur nochmals betonen, daß es nicht Mangel an Wohlwollen für die Beamten war, sondern die pflichtmäßige Erwägung, daß wir keine Ausgaben leisten dürfen, wenn wir keine Einnahmen haben. Es wird für das Haus aber von Interesse sein zu erfahren, daß es mit den 5 Millionen, die in letzter Stunde eingestellt sind, gelungen ist, allen mittleren Beamten mit Familien bis zu 3600 Mark Gehalt die Zulage von 100 Mark zu gewähren. (Bravo!)

Ich komme zum Etat für 1908. Nach den Jahren günstiger Konjunktur gehen wir einer wirtschaftlich ungünstigeren Zeit entgegen, die Abflauung der Konjunktur hat bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 1907 eingesetzt. Ich sehe aber keinen Grund zum Kleinmut, ich bin vielmehr der Meinung, daß einer Zeit so günstiger Entwicklung auch mindergünstige Zeiten folgen müssen, und daß wir keinen Grund haben, die Tür zuzuschlagen, wenn sich Wetterwolken am wirtschaftlichen Himmel zeigen. Ich halte unser Wirtschaftsleben im Grunde genommen für ein gutes. Nicht nur die Industrie hat sich besser vorgesehen als bei früheren Krisen, sondern auch die Landwirtschaft hat wieder Mut gefaßt und das wird dazu beitragen, die Schwierigkeit der Lage zu überwinden. Wir werden diese Zeiten überwinden, wenn Selbstvertrauen und Arbeitsfreudigkeit auch ferner vorhanden ist und wenn wir uns mehr der Grenzen bewußt sind, die unserer wirtschaftlichen Entwickelung gezogen sind. Ein etwas langsamerer Gang unseres wirtschaftlichen Lebens wird selbst vom Standpunkt der Erziehung der Nation insofern nicht unerwünscht sein, als er uns Anlaß gibt, uns wieder auf uns selbst zu besinnen und uns die Frage vorzulegen, ob wir uns nicht vielfach an einen Zuschnitt des Lebens gewöhnt haben, der nicht im Einklang steht mit den Bedingungen unserer wirtschaftlichen Existenz. (Lebh. Zustimmung.) Ich kann mich dem Eindruck nicht verschließen, daß vielfach — und ich nehme keinen Stand aus — sich eine Neigung zum Luxus bemerkbar macht, die durchaus im Widerspruch steht zu der historischen Entwickelung unseres Volkes. (Sehr richtig!) Aus dem mageren Boden der Mark Brandenburg hervorgegangen, hat unser Volk sich unter vielfachen Entbehrungen zu seiner jetzigen politischen und wirtschaftlichen Höhe emporgerungen. Dessen sollten wir eingedenk sein. Ich habe einmal ein treffendes Wort gelesen von dem goût des dépenses. Dieser goût des dépenses, diese Neigung zu Ausgaben, hat leider von unserer ganzen Nation Besitz ergriffen. Und das trifft zum Teil auch auf unsere Staatsverwaltung zu. (Sehr richtig!) Auch sie hat es zum Teil verlernt, sich mit minderguten Einrichtungen zu begnügen und glaubt, das Beste verlangen zu müssen. Wir in der Finanzverwaltung haben diesem Bestreben entgegengearbeitet, und die Tatsache, daß von dem Etat nach genauer Sichtung so gut wie gar keine Abstriche gemacht wurden, kann dafür sprechen, daß wir in dieser Beziehung unsere Pflicht nicht außer acht ließen. Aber bei unserem komplizierten Staatswesen mit einem Dreimilliardenetat kann keine Finanzverwaltung ihre Kontrolle bis in die täglichen kleinen Ausgaben hinein erstrecken. Von dem Klerkdienst hängt es aber ab, ob die Summierung für den ganzen Staat eine günstige oder ungünstige sei. Das oben gekennzeichnete Bestreben trifft auch auf die Gemeinden zu. Wohin die zunehmende Verschuldung der Gemeinden führen soll, weiß ich nicht. (Lebhaftes sehr wahr, rechts.) Die Herstellung von Kanalisation, Wasserleitung usw., die ganzen im Interesse der minderbemittelten Klassen liegenden Maßnahmen legen den Kommunen gewiß große Opfer auf. Aber sie haben sich auch gewöhnt, Dinge, die zwar nützlich aber nicht notwendig sind, aus Anleihemitteln zu bestreiten. Ich glaube, ein langsamerer Gang unserer wirtschaftlichen Entwickelung wird unseren staatlichen und Kommunalverwaltungen zum Bewußtsein bringen, daß Maßhalten im Leben des Einzelnen wie im Staatsleben das oberste Gebot ist. (Lebh. Zustimmung rechts.)

Ein wichtiger Faktor unseres wirtschaftlichen Lebens ist der Geldstand. Ueber die zukünftige Entwickelung will ich mich nicht näher aussprechen. Ich kann da nur mit einem bekannten Berliner Börsenmanne sagen: „Wenn ich Prophet gelernt hätte, brauchte ich mich nicht so zu schinden." (Große Heiterkeit.) Die Bedingungen unseres wirtschaftlichen Lebens sind nicht von uns allein abhängig, sondern in hohem Grad von dem internationalen Geldmarkte, und da ist es in hohem Maße schwer, die Entwickelung vorauszusagen. In Amerika ist ja eine gewisse Beruhigung und Erleichterung eingetreten. Andererseits ist aber die Entwickelungsmöglichkeit der amerikanischen Industrie schwer vorauszusagen und damit auch die Entwickelung des Geldmarktes auf der ganzen Welt. Ist die wirtschaftliche Lage somit schwieriger geworden, so mußte sich bei der Abhängigkeit der Betriebsverwaltungen von dieser Lage das auch in dem Etat für 1908 geltend machen. Ich habe schon mehrfach erklärt, daß gesteigerte Ausgaben und verminderte Einnahmen das Charakteristikum der Entwickelung der letzten Zeit sind. Das trifft besonders für 1908 zu. Die Deckungsmittel sind von den Anforderungen der verschiedenen Ressorts um 322 Millionen überschritten worden. Durch die Mehraufwendung für die Beamten- und Lehrergehälter steigt diese Summe auf 442 Millionen. Es war eine überaus schwierige Aufgabe, bei diesen Verhältnissen eine Bilanzierung des Etats zu erreichen. Als erster Weg bot sich uns eine tunlichste Einschränkung der Ausgaben, als zweiter der Anleihewege und als dritter die Erhöhung der Einkommensteuer. Als wichtigste Aufgabe betrachteten wir es, die Ausgaben nach Möglichkeit einzuschränken. Weiter, wie wir gegangen sind, konnten wir nicht gehen, wenn wir durch die Verkürzung der Ressortansprüche nicht zu einem Stillstande des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens kommen wollten. Was die Frage der Anleihen anlangt, so ist bei unserem Geldstande jede Anleihe unerwünscht und nicht zu rechtfertigen für Zwecke, für welche nach wirtschaftlichen Grundsätzen andere Mittel bereit zu stellen sind. Schon 1892 ist von diesem hohen Hause ein Beschluß gefaßt worden, wonach in der Eisenbahnverwaltung nur neue Anlagen aus Anleihemitteln, dagegen die Kosten für die bestehenden aus laufenden Mitteln bestritten werden sollen. Wollte man von diesem Grundsatze abweichen, so würde man zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen Zukunft gelangen, indem wir diese zu Gunsten der Gegenwart überbürden. Die Entwickelung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung stieg von Jahr zu Jahr und es ist mir nicht zweifelhaft, daß die Steigerung andauern wird. Würden wir die wachsenden Ansprüche auf Anleihen verweisen, so würden die Anleihen lawinenartig wachsen. Nur wenn vorauszusetzen wäre, daß wir in Preußen zu einer Periode der Ruhe und des Stagnierens kommen, wo wir im Alten teil sitzen und uns die Hände wärmen, wäre dieser Standpunkt denkbar. Ist eine solche Zukunft vorauszusehen? Gottlob noch nicht. Wir sind ein auf allen Gebieten voranstrebendes Land. Damit ist auch die Sicherheit gegeben, daß auch die Zukunft noch höhere Ansprüche als die Gegenwart stellen wird. Die Erfindungen der Industrie und Technik werden neue Ansprüche ins Leben rufen. 380 Millionen soll allein die Elektrisierung der Berliner Stadtbahn kosten. Bei diesen großen Ausgaben aus der Vergangenheit stammende Schulden zu decken, ist unmöglich. Wenn wir von dem Standpunkt des Jahres 1892 abweichen, kommen wir zu der Wirtschaft des Reiches, die ja von allen Seiten verurteilt wird. (Zustimmung rechts.) Schließlich kommt auch der Moment, wo wir unsere Anleihen nicht mehr unterbringen können.

Im weiteren Verlaufe seiner Darlegungen begründete der Minister den neuen Modus der Begebung der Anleihe ähnlich, wie es von offiziöser Seite bereits geschehen ist. In der Besprechung des Etats der einzelnen Ministerien betont der Minister unter anderem, daß im Etat des Ministeriums des Inneren eine neue Beamtenkategorie, die der Kreisassistenten, geschaffen worden sei. Diese Beamten seien notwendig als Hilfsarbeiter der vielfach überlasteten Kreissekretäre. Im Kultusetat sind unter anderem 12 neue Lehrerseminare und drei Präparandenanstalten vorgesehen. Im Extraordinarium des Etats ist insbesondere das technische Unterrichtswesen besonders bedacht.

Der Minister schließt mit dem Ausdruck des Vertrauens, daß es gelingen werde, in gemeinsamer Arbeit der Schwierigkeiten Herr zu werden, die sich in unserem Wirtschaftsleben wie im Etat, der dessen getreues Spiegelbild sei, gegenwärtig zeigen. (Lebhafter Beifall.)

(Fortsetzung folgt.)

Der Kölner Peters-Prozeß.

(Nachdr. verb.) S. u. H. Köln, 6. Jan.

Auch zu der heutigen zweiten Sitzung im Prozeß des Dr. Peters gegen den Gouverneur a. D. v. Bennigsen und den Redakteur der „Kölnischen Zeitung" Brüggemann war der Andrang des Publikums sehr groß. Das Königl. Landgericht hat jedoch ein ebenso einfaches wie drastisches Mittel gefunden, um der oft lästigen Neugier der Zuhörer, besonders der Damen, zu steuern, indem es den Zuhörerraum einfach ohne jede Sitzgelegenheit ließ. Die Folge ist, daß bald ein Zuhörer nach dem andern wieder verschwindet. Die heutige Sitzung begann mit einem Zwischenfall. Justizrat Sello erbat das Wort zu einer Anfrage, deren Beantwortung ihm im berechtigten Interesse seines Klienten zu liegen scheine. Er erklärte; In den gestrigen Ausführungen, die Herr v. Bennigsen zu der erhobenen Anklage machte, glaube ich mit großer Bestimmtheit verstanden zu haben — obwohl er es mit so leiser Stimme sagte, als ob er wünschte, daß man es nicht überall im Saale verstehen sollte — er habe nach seiner Ankunft in Deutsch-Ostafrika sich für verpflichtet gehalten, auf Dr. Peters aufzupassen, wie auf

ein schädliches Ungeziefer (Bewegung).

Herr v. Bennigsen springt erregt auf und ruft: „Das ist unwahr!" Auch R.-A. Falk schüttelt erregt den Kopf. — Justizrat Sello: Herr Vorsitzender, ich wollte nur Gerüchten gegenüber feststellen, daß eine solche Aeußerung nicht gefallen ist. — Vors.: Ich kann nicht etwas feststellen, was nicht geschehen ist. Ich kann nur feststellen und rügen, was gesagt ist. — Justizrat Sello: Mein Klient hat den Ausdruck auch nicht gehört. Ich bitte aber festzustellen, daß der Ausdruck wirklich nicht gefallen ist. — R.-A. Falk: Ich bitte Herrn Justizrat Sello zu einer Aeußerung zu veranlassen, was er damit gemeint hat, als er die Wendung gebrauchte, daß die Aeußerung so leise gefallen sein soll, als ob sie nicht überall im Saale verstanden werden sollte. — Justizrat Sello: Ich sagte, er wünschte wohl nicht, daß man die Aeußerung im ganzen Saale hören sollte. — Vors. (erregt): Ich bitte jetzt von dieser Sache abzukommen, wir haben Wichtigeres zu tun, die Sache ist für mich erledigt. — R.-A. Falk: Für mich ist die Sache nicht erledigt. Ich stelle fest, daß Justizrat Sello eine klare Antwort auf meine Frage nicht gegeben hat. Er hat Herrn v. Bennigsen einen Vorwurf gemacht, der durch nichts gerechtfertigt ist. Er hat weder diese Aeußerung getan, noch mit einer Stimme gesprochen, die im Saale nicht gehört werden konnte. Ich bitte diese Unterstellung zurückzuweisen. — Vors.: Ich kann doch daran nichts ändern. — R.-A. Falk: Es ist ja auch hier nicht die Stelle dafür.

Dr. Peters springt auf

und bittet um das Wort. Der Vorsitzende verweigert es ihm aber in erregter Weise. Er erklärt, er wünsche es nicht, daß weiter auf die Sache eingegangen werde. Damit ist dieser Zwischenfall erledigt und es werden die letzten noch nicht verlesenen Teile der Disziplinarurteile zum Vortrag gebracht. Die Verlesung nimmt noch längere Zeit in Anspruch.

Vor Eintritt in die Zeugenvernehmung stellt Justizrat Sello noch fest, daß der Kaiser im Juli 1905 im Gnadenwege dem Dr. Peters Titel und Würden eines Reichskommissars wieder zugebilligt habe. — v. Bennigsen: Das wird nicht bestritten. Ich möchte mich aber vor Eintritt in die Beweisaufnahme noch gegen den Vorwurf der Stimmungsmacherei verwahren, der gegen mich erhoben worden ist. Man hat heute noch einen zweiten schweren Vorwurf gegen mich laut werden lassen, den ich hiermit als ganz ungerechtfertigt

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080109010/fragment/page=0002

mit aller Entschiedenheit zurückweise. Ich möchte nur erklären, daß ich ganz unmöglich beschimpfende Aeußerungen gegen Dr. Peters getan haben kann. Wenn Justizrat Sello gestern den Vorwurf erhob, ich treibe Stimmungsmacherei, so kennt er weder die geographischen und die Verkehrsverhältnisse in Afrika. — Vors. (unterbrechend): Ich möchte Sie bitten, sich nur auf die Mitteilung von Tatsachen zu beschränken. — v. Bennigsen: Es handelt sich um den Bischof Smithies und seinen Brief. Der ganze Verkehr ging damals über die Poststation Magila. Bischof Smithies befand sich als Vertreter der englischen Mission in Magila und hatte vermutlich sowohl von Weißen wie von Eingeborenen zuerst von den Taten des Doktor Peters Kenntnis erhalten und zwar in offenbar sehr glaubwürdiger Weise, denn sonst würde dieser als vorsichtig und klug bekannte Mann nicht ein so scharfes Urteil über Peters dem Gouverneur gegenüber gefällt haben. Er würde nicht mit der Forderung oder, wie der Gouverneur sagt, Drohung an ihn herangetreten sein, er möchte eine Untersuchung einleiten, da er sonst gezwungen sei, sich der englischen Presse zu bedienen. Der Staatsminister Gouverneur v. Soden hat hierüber ausführliche Bekundungen in dem Prozeß des Dr. Peters gegen den Regierungsrat Martin gemacht. Er hat damals erklärt, daß er erwartete, daß Peters selbst ein Disziplinarverfahren gegen sich beantragte, nachdem er

offenkundig von Smithies als Mörder bezeichnet

worden war. Dr. Peters hat nun gestern gesagt, was Smithies hinter seinem Rücken gesagt habe, gehe ihn nichts an. Wenn der Gouverneur v. Soden aber sagt, er habe auf einen Antrag von Dr. Peters zur Einleitung eines Disziplinarverfahrens gewartet, so kann ich die Worte des Dr. Peters nicht mehr für richtig halten. Dr. Peters hat später gesagt, er habe in dieser Sache keinen Brief von Smithies erhalten. Das ist ganz undenkbar, denn der zweite Brief, der ein Entwurf geblieben ist, nimmt ausdrücklich Bezug auf einen vorhergehenden. Ich bitte also, Herrn v. Soden als Zeugen darüber zu vernehmen. Meine Herren, wer treibt in diesem Saal Stimmungsmache? Doch nicht der, der die Person des Bischofs Smithies in den Prozeß hineinzieht, sondern der, der von Smithies, einem edlen Manne, behauptet hat, er sei nur aus politischen Interessen gegen Peters aufgetreten. Der Bischof Smithies ist auch einer von den Zeugen die

über das Grab hinaus mit Verleumdungen verfolgt

werden, weil sie gegen Peters aufgetreten sind. (Bewegung.) — Dr. Peters springt auf: Ich bitte .... — Vors. (unterbrechend): Ich konstatiere, daß Herr v. Bennigsen nicht gesagt hat, daß Dr. Peters den Bischof verfolgt hat. — Dr. Peters: Ich will ja dazu gar nichts sagen, ich möchte nur feststellen, daß Magila nicht der Hauptort des Karawanenverkehrs ist. Bischof Smithies ist von mir nicht angegriffen worden. Ich habe nur ausgesagt, daß ich nicht weiß, ob er deutschfeindlich war, daß ich aber wisse, daß er britenfreundlich gewesen ist. Im übrigen möchte ich Herrn v. Bennigsen nur bemerken, daß zwischen uns beiden sich die weitere Sache ja wohl

außerhalb des Saales abspielen

wird. (Bewegung.) Ihm habe ich keine Erklärung mehr abzugeben. Nur meinen deutschen Landsleuten gegenüber möchte ich noch einmal ausdrücklich betonen, daß ich nur gesagt habe, daß mein Vorgehen gegen Smithies berechtigt war, weil er Engländer war und weil ich am Kilimandscharo die Besitzrechte für die deutsche Nation zu sichern hatte. Das habe ich nach bestem Wissen und Gewissen getan, das lasse ich mir nicht abstreiten. Daß er mich später einmal Mörder genannt haben soll, habe ich erst nach meiner Rückkehr nach Deutschland erfahren. Die Sache am Kilimandscharo war keine cause célèbre. Mein Kopf war damals voll von wichtigeren Sachen. Es handelte sich damals um den Besitz oder den Nichtbesitz dieses Gebietes für Deutschland. Dann will ich noch feststellen, daß ich tatsächlich im Jahre 1895 ein Disziplinarverfahren gegen mich selbst beantragt habe, nachdem mir der Küstenklatsch zu Ohren gekommen war. Ich kann das beweisen. Herr v. Bennigsen wird es mir aber auch so glauben, wenn er es mir aber nicht glaubt, so ist es mir auch gleichgültig. — Vors.: Das ist keine angemessene Aeußerung, ich bitte daß zu unterlassen. — Dr. Peters: Ich bitte tausendmal um Entschuldigung. Ich beantragte das Disziplinarverfahren gegen mich nach den Angriffen des Abgeordneten v. Vollmar im Reichstage. Man lehnte es aber ab, gegen mich einzuschreiten. Bald darauf erhielt ich von der Reichsregierung das Angebot, als Landeshauptmann nach Tangajika zu gehen. Ich ging aber darauf nicht ein. — v. Bennigsen: Ich möchte nur die Erklärung abgeben, daß ich überhaupt nicht gegen Peters den Vorwurf erhoben habe, daß er den Bischof Smithies verleumdet habe. Ich habe nur gesagt, daß in seiner Presse viele Angriffe gegen Smithies erhoben wurden. — Justizrat Sello: Ich möchte auch eine Erklärung abgeben, für mich ist die Sache damit, daß Herr v. Bennigsen erklärt hat, er habe meinen Klienten nicht beleidigen wollen, endgültig erledigt. Ich erkläre das im Interesse eines friedlichen Verlaufs der Verhandlung. — R.-A. Falk beantragt, die Tatsachen nachzuprüfen, durch die Bischof Smithies zur Kenntnis der Peters'schen Taten kam. — Justizrat Sello: Es interessiert uns durchaus nicht, was Bischof Smithies von den Karawanen über Vorgänge gehört hat, denen er selbst nicht beigewohnt hat. Wohin kommen wir, wenn wir uns nur mit dem beschäftigen, was von Hörensagen bekannt ist. Ich bitte, endlich in die Beweiserhebung über die Vorgänge am Kilimandscharo einzutreten und alle übrigen Sachen beiseite zu lassen. — R.-A. Falk widerspricht dem und verlangt, besonders festzustellen, daß Bischof Smithies ein anerkannt ruhiger und friedlicher Mann war, der niemals deutschfeindlich gewesen sei, sondern der lediglich seiner Missionstätigkeit lebte. Ferner hat er, darüber Beweis zu erheben, daß der Bischof gesagt habe, einen Mörder könne er nicht auf seiner Station empfangen. Als Zeugen hierfür benannte er den Pater Acker aus Knechtsledten im Rheinland. Ferner stellte er noch unter Beweis: Es befinde sich bei den Akten des Kolonialamts eine ganze Korrespondenz zwischen Dr. Peters und dem Bischof mit Bezug auf die Vorgänge am Kilimandscharo. Gerade mit Rücksicht auf die heutige Erklärung des Dr. Peters, daß er erst später Kenntnis von den Anschuldigungen des Bischofs gegen sich erfahren habe, sei es wichtig, diese ganze Korrespondenz zu verlesen. Sie sei im Blatt 37 bis 39 der Kolonialakten aufbewahrt. Dabei sei auch eine Zuschrift des Bischofs vorhanden, in der er eine Anzeige bei der Reichsregierung über das, was ihm in Magila über Peters erzählt wurde, mache. Ferner seien in den Akten des Kolonialamts nicht nur Briefe des Bischofs an die Regierung, sondern auch solche an Dr. Peters selbst vorhanden, woraus also klar hervorgehe, daß

Peters von Smithies auch direkt über die Vorwürfe unterrichtet

worden sei. Er bitte also, auch diese Briefe zur Verlesung zu bringen, da sie mehrere schwere Vorwürfe enthalten. Ferner beantrage er, die Heranziehung eines Briefes des Bischofs an den Gouverneur v. Soden, in dem er berichtet, daß ihm Peters zurückgeschrieben habe, der Bon sei nicht wegen Ehebruchs gehängt worden. — Dr. Peters: Ich kann mich diesen Anträgen nur aufs wärmste anschließen. Ich persönlich habe das größte Interesse daran, daß endlich den Tuscheleien ein Ende gemacht wird, die in letzter Zeit in Deutschland umhergingen, als liege etwas in den Kolonialakten, das mir gefährlich sei. Ich bedaure nur, daß diese Anträge erst jetzt herauskommen, wir hatten sie schon früher erwartet. — Vors.: Ich bedaure auch, daß man erst jetzt uns den Antrag vorlegt. — Dr. Peters: Was in den Kolonialakten liegt, das habe ich bereits mehrfach gesagt, wenn ich sage, daß es nichts ist, so können Sie mir glauben. (Heiterkeit im Zuhörerraum.) Der Vorsitzende ersucht um Ruhe. — Dr. Peters: Ich bin mit Smithies seit jener Zeit nicht mehr zusammen gekommen. Er ist aus meinem Leben ausgeschieden. Ich bedaure es, aber ich glaube, er ist schließlich von einem Haifisch aufgefressen worden. (Heiterkeit.) — R.-A. Falk wiederholt seine Anträge und erklärt, Dr. Peters stelle sich bei der Behandlung der Vorgänge am Kilimandscharo, als ob er der Direktor einer Erwerbs- und Betriebsgesellschaft gewesen sei, der Decharge erhalten habe und der nun glaube, keinerlei Vorwürfe mehr zu verdienen. Zum Beweise dessen habe Dr. Peters die Person des Kaisers in die Debatte gezogen, darauf könne er sich natürlich nicht einlassen, das sei ihm unmöglich. — Vors.: Dr. Peters hat nicht Ungehöriges ausgeführt, sonst würde ich es zurückgewiesen haben. Ich bitte, meine Sitzungspolizei nicht anzugreifen. Ich habe aus seinen Ausführungen nichts Unpassendes herausgehört. — R.-A. Falk: Ich habe auch nicht behauptet, daß das der Fall ist. Ich will dem Dr. Peters aber auf dieses Gebiet nicht folgen, wir wollen keine Beweiserhebungen in dieser Beziehung beantragen. Die Disziplinargerichte haben bereits derartige Darlegungen des Dr. Peters zurückgewiesen und gesagt, er sei kein kaufmännischer Direktor in Afrika gewesen, sondern ein Beamter, und er habe als solcher seine Schuldigkeit nicht richtig erfüllt. — Vors.: Ich bitte diese Ausführungen für das Plaidoyer zu lassen. — Justizrat Sello: Ich kann im Namen meines Klienten die Erklärung abgeben, daß dieser ausdrücklich dem Staatssekretär Dernburg das Recht eingeräumt hat, die Briefe, die er an Smithies geschrieben hat, und die andere damit zusammenhängende Korrespondenz auszuliefern. Dr. Peters habe gegen die Veröffentlichung dieser Korrespondenz absolut nichts, sondern im Gegenteil, er wünsche sie.

Darauf zog sich das Gericht zur Beschlußfassung über die gestellten Anträge zurück.

Nach längerer Beratung verkündete das Gericht den Beschluß,

die Akten des Reichskolonialamts

über Peters einzufordern. Nach einigen weiteren Erklärungen zur Sache wurde dann endlich in die Beweisaufnahme eingetreten. Als erster Zeuge wurde der Pensionär Wüst aus München vernommen. Wüst war als Unteroffizier auf der Kilimandscharo-Station zurzeit des Dr. Peters. Er hat das Todesurteil an Mabruk und Jagodja nach dem Spruche des Kriegsgerichts vollstreckt. — Vors.: Hat Dr. Peters Ihnen etwas davon gesagt, daß das Urteil in aller Frühe vollstreckt werden soll, damit die Sache nicht so auffällig sei? — Zeuge: Ich erinnere mich nicht. Ich bin nach den Vorgängen am Kilimandscharo von Herrn v. Bülow über meine Beobachtungen vernommen worden und kann mich darauf berufen. — Vors.: Haben Sie das Todesurteil auch an Jagodja vollstreckt? — Zeuge: Jawohl. — Vors.: Haben Sie erfahren, welche Gründe zur Verurteilung der Jagodja geführt haben? — Zeuge: Das allgemeine Gerede auf der Station war, daß sie wegen Spionierei verurteilt wurde. Wir wußten, daß Weiber durchgebrannt waren, und ich wurde beauftragt, sie von dem Sultan Malamia, zu dem sie sich geflüchtet hatten, zurückzuholen. Dieser wies uns aber ab — Vors.: Sie können also nicht sagen, ob die Hinrichtung aus Eifersucht geschehen ist? — Zeuge: Nein. — v. Bennigsen: Ich bitte folgende Frage an den Zeugen zu richten und auch an jeden anderen, der Tatzeuge der Vorgänge am Kilimandscharo war: Wie ist es auf der Station mit Kettengefangenen gehalten worden? Auf welche Weise wurde diese Strafe vollstreckt? Es ist nämlich in Afrika Sitte und Vorschrift, daß nur solche Leute in Kettenhaft gelegt werden, die sich in Untersuchungshaft befinden oder die in öffentlichem Schauri dazu verurteilt worden sind. Diese Frage ist wichtig, weil Jagodja

wegen Flucht aus der Kettenhaft

hingerichtet worden sein soll. Es ist wichtig festzustellen, ob die Gefangene willkürlich in Kettenhaft gelegt wurde, da sie noch nicht eines Verbrechens überführt war. Für uns ist die Hauptsache festzustellen, daß ein Mädchen wegen eines Fluchtversuches unschuldig vom Leben zum Tode gebracht worden ist. — Justizrat Sello: Für uns ist die Hauptsache, festzustellen, ob sie wegen Ehebruchs hingerichtet wurde. Alles andere interessiert uns nicht. — R.-A. Falk: Wir wollen den Beweis führen, daß die Gründe für die Hinrichtung der Jagodja nicht zulässig waren. Wir wollen beweisen, daß die Hinrichtung in Gründen zu suchen ist, die als fegnelle zu bezeichnen sind. — Dr. Peters: Dann muß ich erklären, daß ich nicht weiß, wie jetzt die rechtlichen Verhältnisse am Kilimandscharo sind. Zu meiner Zeit legte man in Kettenhaft, wen man für reif dazu hielt, Diebe, Totschläger usw., solche Leute kamen in Kettenhaft. Ich hielt allwöchentlich zweimal eine Gerichtssitzung ab, die Angeschuldigten hatten das Recht, sich zu verteidigen und Beweise zu führen, und wenn sie in Ketten gelegt wurden, dann waren sie auch schuldig. Wer dann von der Kette floh, der wußte auch, daß er dann den Tod erleiden mußte. Ich bin mir nicht bewußt, irgendwo ungerechterweise Kettenstrafe verhängt zu haben. — Zeuge: Ich war bei dem Schauri nicht zugegen und weiß also auch nicht, wie die Sache dort gehandhabt wurde. — R.-A. Falk: War es allgemein als Gesetz publiziert, daß ein Kettengefangener hingerichtet wurde, wenn er geflohen war? — Zeuge: Das nicht, aber es war üblich so. — Falk: War Jagodja im rechtmäßigen Verfahren verurteilt worden? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — R.-A. Falk: Welche Stellung hatte sie auf der Station? Hatte sie infolge ihres Geschlechtsverkehrs mit Dr. Peters eine besondere Stellung, oder war sie eine allgemeine Lustdirne? Wurde sie im Offiziersbunkr gehalten oder ging sie umher wie die anderen Schadamädchen und diente sie den Unteroffizieren und Soldaten auch zum Verkehr? — Zeuge: Sie wohnte im Hause des Reichskommissars. Die Unteroffiziere und Soldaten haben nicht mit ihr verkehrt. — R.-A. Falk: Mußte Sie es wissen, wenn sie ein allgemeines Freudenmädchen war? — Zeuge: Ja. — R.-A. Falk: Hatte sie Verkehr mit Schwarzen? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — R.-A Falk: Ist sie nicht ausgerissen, weil sie unbarmherzig geschlagen wurde? Sie soll von mitleidigen Schwarzen losgebunden sein? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — R.-A. Falk: Was sagten Mabruk und Jagodja, als man sie zur Hinrichtung führte? — Zeuge: Das konnte ich nicht verstehen, da ich damals Suaheli noch nicht kannte. — R.-A. Falk: Wußten die beiden, daß sie hingerichtet werden sollten? — Zeuge: Das ist doch üblich, daß man ihnen davon Kenntnis gibt. — R.-A. Falk: Haben Sie dem Dr. Peters davon Mitteilung gemacht, daß die Hinrichtungen vollzogen seien, als er beim Frühstück saß. — Zeuge: Ich kann mich nicht mehr erinnern. — Dr. Peters: Die Jagodja wohnte mit anderen Weibern abgeschlossen in einem besonderen Hause und nicht mit uns zusammen. — Zeuge: Das kann richtig sein, sie kochten auch in einer besonderen Hütte. Am Tage sind sie niemals im Stationsgebäude gewesen. — Dr. Peters: Nirgends ist das an sich liederliche Konkubinatswesen in besserer Form gehandhabt worden als bei uns. Die Mädchen kamen am Tage niemals in das Haus.

Darauf trat eine Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung sagt der Zeuge, Magistratssekretär Wilhelm aus Schöneberg bei Berlin, der in der in Betracht kommenden Zeit Unteroffizier war, aus, daß die vier schwarzen Mädchen zur Station in keinem dienstlichen Verhältnis gestanden hätten. Sie hätten nur mit Europäern verkehrt. Die schwarzen Soldaten hätten ihre Weiber bei sich gehabt. Auf Befragen gibt der Zeuge eine Darstellung der Station und eine Darlegung über den Auftrag Dr. Peters, die entflohenen schwarzen Mädchen aus ihren Heimatsdörfern zu holen. Als dies nicht gelungen war, habe Peters befohlen, Granaten von der Station nach dem 4 Km. entfernten Dorfe zu werfen, obschon er, Zeuge, Peters darauf aufmerksam gemacht habe, daß die 7,5 Zentimeter-Geschütze nicht soweit reichten. Durch die Stacheldrähte, die die Station umgeben hätten, habe man alles sehen können, so daß eine Befürchtung von Verrat durchaus nicht vorliegen konnte. Zeuge macht alsdann Aussagen über die Mißhandlungen der Jagodja. Es habe ihm geschienen, daß Peters über die Meldung, daß sie nicht weiter geschlagen werden könne, weil sie nicht mehr erragen könne, sehr ärgerlich gewesen sei. Der Zeuge sagt nun was er in der Verhandlung in München vergessen hatte, nämlich: Peters sei ärgerlich darüber gewesen, daß er, Wilhelm, den Bericht an seinen militärischen Vorgesetzten früher abgeschickt habe, als Peters gemeint habe. Zeuge habe das Gefühl gehabt, und es sei auch allgemein darüber gesprochen worden, daß bei der Hinrichtung des Mabruk und der Jagodja geschlechtliche Motive mitspielten, und er habe aus dieser Meinung kein Hehl gemacht. Er sei deshalb am 1. Januar 1902 von Peters fortgeschickt worden, um eine Brücke zu bauen und eine Karawane von der Küste abzuholen, die er jedoch nicht angetroffen habe. Kurz nach seinem Abmarsch sei der Gerichtshof zusammengesetzt und die Jagodja am 5. Januar 1902 gehängt worden. Er habe das Gefühl gehabt, daß Peters ihn, den Zeugen, nur weggeschickt habe, weil er ihm unbequem war. Die Jagodja habe gar nicht gewußt, warum sie festgelegt wurde. — Peters fragte dann den Zeugen, ob dieser ihm nicht selbst die aufgeregte Stimmung der Schwarzen gemeldet habe. Wilhelm bejaht dies. Peters fragt weiter, ob er ihm nicht auch die Niederholung der deutschen Flagge gemeldet habe. Wilhelm weiß sich dessen nicht zu entsinnen. Wenn er es abe: vor dem Disziplinarhof zu Protokoll ausgesagt habe, so halte er seine Aussage aufrecht. Peters führte dann aus, daß er wohl eine Karawane mit Nahrungsmitteln von der Küste erwartet habe, und daß der Weg nicht sicher gewesen sei. Er habe den Zeugen beordert, derselben entgegenzugehen. — Sello fragt den Zeugen Wilhelm, ob im Dezember 1901 die Niederlage der Expedition v. Zalewski bekannt gewesen sei. Der Zeuge bejaht dies. v. Bennigsen bestreitet dies, weil die Schwarzen den Namen v. Zalewski gar nicht gekannt hätten. Wilhelm gibt dies zu, bezeugt aber, daß damals keine andere Niederlage in Frage kommen konnte. Die Neger hätten alle gesagt, die Deutschen seien schlapp, sie seien von den Wahehe geschlagen worden. — Hierauf wird die Sitzung auf nachmittag 4 Uhr vertagt.

Ausland.

Spanien und Frankreich.

Der „Daily Telegraph" hat vor einigen Tagen bekanntlich behauptet, Spanien gedenke, im Einverständnis mit Frankreich und England, die Grenzen Melillas zu erweitern und am Mar Chica einen Kriegshafen anzulegen. Diese Nachricht wird dem „B. T." von autorisierter Seite als „vollständig erfunden" bezeichnet. Man erklärt dem genannten Blatte, daß die Bestrebungen der spanischen Regierung sich einzig und allein auf die Ausführung des spanisch-marokkanischen Uebereinkommens betr. der Grenzbestimmungen sowie auf die strikte Befolgung der Bestimmungen der Algecirasakte beschränken, deren Wortlaut und Sinn auch weiter die Grundlage der spanischen Politik in Marokko bilden würden.

Die Ereignisse in Marokko.

Sultan Abdul Asis ist geneigt, die französischen Truppen, die zur Zeit die Kasbah der Medjunas besetzt halten, durch eigene Soldaten zu ersetzen.

*

Der französische Kriegsminister hat dem Vorschlage des Generals Lianten zugestimmt, einen Teil der Truppen, die gegen die Beni Snassen im Felde gestanden haben, aus Marokko heimzubefördern und eine Hafenpolizei einzurichten.

Kleine Tagesnachrichten.

— Der Besuch des Fürsten von Monaco in Rom wird jetzt amtlich angekündigt. Der Fürst steigt im Quirinal als Gast des Königs von Italien ab. Seinem Vortrage in der ethnographischen Gesellschaft werden nach der „Magdb. Zeitung" der König, die Königin, die Königinmutter, sowie alle Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses beiwohnen. Der Protest des Papstes gegen den Besuch ist somit wirkungslos geblieben.

— Das österr. Armee-Verordnungsblatt veröffentlicht ein kaiserliches Handschreiben an den Feldzeugmeister Galgotzy, in dem diesem der erbetene Abschied nach 56jähriger Dienstzeit mit dem Ausdruck des Bedauerns unter Verleihung des Militär-Verdienstkreuzes in Brillanten gewährt wird.

— Die holländische Kammer hat die Zusatzakte zur Brüsseler Konvention ohne Abstimmung angenommen.

— Die Zarin hat der „Magdbe. Ztg." zufolge in diesem Jahre an dem Weihnachtsempfang und dem Gottesdienst zum erstenmal nicht teilgenommen. Der Zar schmückte allein den Weihnachtsbaum.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 9. Januar.

Vom städtischen Wasserwerk.

Unser Wasserwerk kann in diesem Jahre das 40jährige Jubiläum feiern. Am 10. April 1868 wurde zum erstenmal das neu erbaute Reservoir aus den Wasserquellen in Beesener Flur gespeist, und im September war die ganze Stadt durch ein weitverzweigtes Rohrnetz an das neue Beesener Werk angeschlossen. Die Kosten der Anlage betrugen damals 1 267 496 Mark. Bis Ende März vorigen Jahres — neuere Feststellungen liegen noch nicht vor — stieg das im Laufe der Jahre dort investierte Kapital auf mehr als 6¼ Millionen.

Die Länge der Rohrleitungen stellt die riesige Strecke von 190 Kilometer dar. Das ist eine Entfernung von Halle bis 25 Kilometer über Berlin hinaus. Die gesamte Wasserförderung hat die gewaltige Ziffer von 5 Millionen Kubikmeter überschritten. Die stärkste Wasserförderung geschah im Berichtsjahr 96/97 im August, wo sie die Kleinigkeit von fast einer halben Million Kubikmeter ausmachte. An dem Tage des stärksten Verbrauches, dem 5. September 1906, wurden 18 885 Kubikmeter gefördert. Die durchschnittliche Tagesförderung beträgt beim Wasserwerk Beesen 13 304 Kubikmeter.

Die stärksten Wasserverbraucher sind unsere Bierbrauereien; sie konsumieren 280 000 Kubikmeter; dann folgt die Eisenbahn mit 278 000 Kubikmeter; Maschinen- und Kesselfabriken verbrauchen 163 000 Kubikmeter, die Kliniken 160 000 Kubikmeter, die städtischen Gebäude 145 000, die Brennereien und Destillationen 100 000, die städtischen Schulen fast 50 000 Kubikmeter.

Zur Besprengung der Straßen sind 47 484 Kubikmeter gebraucht, die Bedürfnisanstalten erforderten über 3000 Kubikmeter, unsere Springbrunnen ca. 11 000 Kubikmeter.

Für das abgegebene Wasser wurden 627 000 Mark eingenommen; die uneinziehbaren Forderungen betrugen nur 247 Mark. Der Reingewinn des Werkes stellt sich auf 188 000 Mark, ein ganz artiges Sümmchen, das um so erfreulicher ist, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die Halleschen Bürger bei einem Einheitspreis von 16 Pfg. auf das Kubikmeter gegenüber anderen deutschen Großstädten sehr billiges Wasser haben.

Und das in einer Qualität, um die uns andere, z. B. unsere Schwesterstadt Magdeburg, mit Recht beneiden.

Aus dem Leserkreise.

Ein unverlierbares Dokument.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlichte die Redaktion einen für weitere Kreise wichtigen Briefwechsel.

Jeder Fahrschein trägt den Vermerk: Während der Fahrt aufzubewahren und auf Verlangen offen (also nicht „zerknüllt") vorzuzeigen! — Sonach war der betr. Herr ohne weiteres verpflichtet, dem Kontrolleur auf dessen Verlangen einen Schein vorzuzeigen.

War er nun aus diesem oder jenem Grunde nicht in der Lage, einen Fahrschein zu präsentieren, so hatte er sich eben einen neuen zu verschaffen, wenn er andernfalls nicht der Berechtigung an einer Weiterfahrt verlustig gehen wollte.

„Nicht das spielt eine Rolle, daß der Schaffner es weiß: du habest einen Fahrschein gekauft, auch das spricht gar nicht mit, daß der gestrenge Herr Kontrolleur soeben noch deinen Fahrschein revidiert und sich höchstselbst mit seinen scharfen Augen von deiner Berechtigung zur Fahrt überzeugt hat . . . also das hat gar keine Bedeutung" — denn weder die Merkfähigkeit des Schaffners, noch die „scharfen Augen" des Kontrolleurs sind dazu da, um sich jeden

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080109010/fragment/page=0003

einzelnen Fahrgast zu merken, sondern dafür sind eben die ... Fahrscheine da!

Daß es einem Nachschaubeamten einfallen würde, „drei-, vier-, fünf- und noch mehrmals" einen Fahrschein zu verlangen, ist für mich und wohl auch für jeden anderen vollständig ausgeschlossen; denn zu solcher „Spaßhaftigkeit" dürfte den Herren Kontrolleuren doch wohl die Zeit fehlen. Hingegen hätte Herr O. S. so „spaßhaft" sein sollen, sich einen neuen Fahrschein zu lösen, damit wäre er aus aller Verlegenheit gewesen.

Aber: Herr Kontrolleur Schmidt hatte allen Grund, sich durch das Benehmen des Herrn persönlich beleidigt zu fühlen. Denn es ist die Arbeit des Kontrolleurs, die Fahrscheine zu revidieren; wird nun ein Fahrschein unmittelbar nach der Kontrolle auf die Straße geworfen, noch dazu in einer für die Beamten sichtbaren Art und Weise, so bedeutet das für den Kontrolleur eine offenbare, taktlose Mißachtung seiner eben verrichteten Arbeit, und jeder rechtlich Denkende wird die Handlungsweise des Herrn Schmidt billigen, wenn er sich durch diese verächtliche Herausforderung veranlaßt fühlte, von seiner Amtsbefugnis Gebrauch zu machen, zumal da man von einem erwachsenen Fahrgaste so viel Schriftkunde verlangen darf, daß er sich ohne die Hilfe des Schaffners oder des Nachschaubeamten mit dem Vermerke auf dem Fahrscheine vertraut mache, der da verlangt, den Schein während der Fahrt aufzubewahren. Und eben dieser Vermerk erledigt den Fall ganz von selbst zugunsten des Kontrolleurs.

Ist es denn so schwer und mühereich, einen Fahrschein aufzubewahren, als daß man sich mit Unrecht in Händel mit dem Kontrolleur einläßt?!

Das Gericht, das mehr denn jedes andere Institut an den Buchstaben gebunden ist, würde meiner festen Ueberzeugung nach „der öden Buchstabenauslegung" der Halleschen Straßenbahn vollkommen recht geben; und wenn sich jemand den Spaß macht, seinen Fahrschein vor den Augen des Kontrolleurs in die Luft flattern zu lassen, so muß er auch so viel Spaß verstehen, dem gerechtfertigten Verlangen des Kontrolleurs nachzugehen und sich einen neuen Schein zu lösen. E. K.

Die Straßenreinigungspflicht.

Auf die kurz hintereinander in der „Saale-Zeitung" zur allgemeinen Kenntnis gebrachten 2 Artikel über die Straßenreinigung und die hervorgegrabene „Gassenordnung vom 10. Dez. 1706" sei folgendes erwidert:

Es muß jeden, der sachlich die Angelegenheit verfolgt, eigentümlich berühren, daß man eine so „junge Verordnung vom Jahre 1706" heranzieht, um für die heutigen Hausbesitzer die Pflicht der Straßenreinigung darzutun. Die Verordnung ist erlassen, als Halle unter ganz anderen wirtschaftlichen, sanitären, baulichen und Größenverhältnissen stand als heute. Die Stadt war Kleinstadt. Die Einwohner — Bäcker, Fleischer, Oekonomen usw. — nutzten die Straßen ganz anders aus als heute es geschehen dürfte. Die Fleischer hingen ihre geschlachteten Tiere an die Ladentür oder an die Straßenwand und spülten stets ihre Mulden und Schlachtgeräte usw. vom Blute rein — in die Gosse. Die Bäcker stellten auf einem Klapptische am Hause ihre Waren auf. Der kleine Oekonom fuhr, wenn ihm ein Tor fehlte, seinen Mist auf die Straße und lud ihn dann auf den Wagen. Sie alle benutzten, mochten sie nun Besitzer oder Mieter sein, die Straße in ausgiebigster Weise. Und viele der ehrsamen Einwohner warfen, was sie gern und bequem los sein wollten, einfach auf die Straße, zu guterletzt auch wohl den Kehricht. Ein Bild, wie wir's, ähnlich wenigstens, in manchen Kleinstädten auch heute noch finden können. Auf diese Verhältnisse paßt die Verordnung und hat dann Sinn. Sie wendet sich darum auch nicht an die Hausbesitzer, sondern an die Einwohner, die die Straßen benutzen. Der Fleischer, gleichviel ob Mieter oder Hauswirt, soll vor seinem Hause das Blut wegschaffen und der Oekonom die liegengebliebenen Mistreste u. s. f. Der Einwohner, der die Straße benutzt und verunreinigt, der soll sie auch wieder reinigen lassen. Unter solchen Gesichtspunkten ist die Verordnung auch gerecht. Von einem Wegschaffen von Schnee und Eis im Winter, von Asche streuen u. dergl. ist mit keiner Silbe die Rede. Die Straßenreinigungspflicht hatte also eine ganz andere Begründung als heute; heute heißt die Begründung, daß jederzeit der Verkehr gewährleistet werde. Ich komme hierauf noch zurück. — Wollen wir diese Verordnung dem Geiste, nicht dem Buchstaben nach (obgleich sie auch dann nicht einmal den Hausbesitzer träfe) auf unsere jetzigen Verhältnisse anwenden, dann trifft sie keineswegs den Hausbesitzer oder nur einen verschwindend geringen Teil. Wer ist es, durch den die Straßen verunreinigt werden? Die Fuhrwerke und Droschkengeschirre, die Equipagen, die auswärtigen Geschirre, die Lastwagen, die den Geschäftsleuten allerlei Dinge zuführen u. s. f. Diese würden dem Sinn und Geiste der Verordnung nach für die Reinigung der Straßen aufzukommen haben. Denn diese sagt nichts anderes als: du benutzt die Straße, du verunreinigst sie — du hast sie auch zu reinigen. Der jetzige Hausbesitzer hat nicht das geringste Recht mehr, die Straße in Benutz zu nehmen. Hat er eine Fuhre Mauersteine abgeladen und dicht an seinem Hause aufgeschichtet, so hat er sofort die Polizei im Hause, die mit Strafe droht, wenn er nicht die polizeiliche Erlaubnis eingeholt hat. Wir sehen, die Rechtslage ist gegen früher eine ganz andere. Auch der Jurist kann nur das aus der Verordnung herauslesen, was wirklich darin liegt und muß vor allen Dingen die damaligen Zustände zu Grunde legen, wenn er seine Schlußfolgerungen aus der alten Verordnung ziehen will.

In dem Artikel vom 3. Januar hieß es als Anschauung des Magistrats: die Polizei habe darauf zu sehen, daß jederzeit die Sicherheit des Verkehrs in den Straßen gewährleistet werde. Darum hat die Sache im Hinblick auf die Haftpflicht noch eine andere, ernste Bedeutung. Sollen die Hausbesitzer die Sicherheit des Verkehrs gewährleisten? Ist das etwa der Grund zum Erlaß der Verordnung von 1706 gewesen? Die Stadt beanspruch alle Rechte auf der Straße, sie hat auch die Sicherheit zu gewährleisten. Wie kommt man dazu, eine Klasse von Einwohnern herauszugreifen und ihnen alle Pflichten und Verantwortungen aufzubürden bei einer Sache, die doch Gemeindegut ist, also auch Gemeindepflicht erheischt. Die Frohndienste in großen Städten sollen beibehalten, ja erneuert und festgelegt werden! In einer Zeit festgelegt werden, wo kein Mensch einen Handschlag umsonst tut. Ist das eine liberale, gerechte Denkweise? Wir hegen zu unseren städtischen Behörden das feste Vertrauen, daß sie beim Zustandebringen ihres Planes zur Straßenreinigung sachlich und gerecht zu Werke gehen werden und sich nicht, um vielleicht bequemer und schneller zum Ziele zu kommen, zu Maßregeln oder Verordnungen bewegen lassen, die von allen rechtlich denkenden Einwohnern als ungerecht empfunden werden. Recht muß Recht bleiben!"

Provinzial-Nachrichten.

* **Naumburg**, 8. Jan. (Dem Magistrat) ist im Anschluß an die letzte Stadtverordneten-Versammlung eine Protesterklärung zugegangen, die sich dagegen wendet, daß die Versammlung ungesetzlicherweise ihre Tagesordnung änderte, indem sie beschloß, die Neuwahl ihres Bureaus vor Einführung der neugewählten Stadtverordneten vorzunehmen. Sie hatte damit die neueinzuführenden Stadtverordneten um ihr Recht gebracht an der Wahl des neuen Vorstandes mitzuwirken noch dazu unter Mitwirkung solcher Stadtverordneter, deren Mandat abgelaufen und durch die Einführung noch nicht erneuert war. Die neuen Stadtverordneten haben deshalb unter Protest den Saal verlassen und erneuern nunmehr diesen Protest gegen die Ungesetzlichkeit dieses Verfahrens. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun weiter im Laufe ihrer Sitzung die Herren Rechtsanwalt Dr. Reichardt zum Vorsitzenden, General Oberg zum stellvertretenden Vorsitzenden, Oberlehrer Dr. Schultze zum stellvertretenden Schriftführer gewählt und der neugewählte Vorsitzende hat sein neues Amt sofort angetreten. Es wird sogar bestritten, daß der alte Stadtverordneten-Vorsitzende in Ausübung seines alten Mandats die erste Versammlung dieses Jahres hätte einberufen und eröffnen dürfen, aber über alle Zweifel steht, daß es eine Unmöglichkeit ist, daß er in Ausübung seines alten Mandats sich von neuem zum Vorsitzenden für das neue Jahr 1908 wählen lassen konnte. Nur die leider verhinderte Neuwahlführung hätte ihm die dazu erforderliche Stadtverordneten-Qualität verleihen können. Dasselbe gilt für die andern beiden Wahlen. Die neuen Stadtverordneten legen auch gegen die Ungesetzlichkeit dieses Verfahrens Protest ein.

— **Merseburg**, 8. Jan. (Eine Steuererhöhung) soll in diesem Jahre den hiesigen Steuerzahlern in Aussicht stehen. Man hofft mit einer Erhöhung des Zuschlags von 10 Proz. auf die Einkommensteuern und 5 Proz. auf die Realsteuern auszukommen.

† **Zeitz**, 8. Jan. (Ein neues Gerichtsgebäude) will der Justizfiskus hier erbauen. Die ersten Schritte zur Erwerbung eines Bauplatzes sollen auch bereits getan sein. Bei der Ausdehnung der Geschäfte des Amtsgerichts reichen nämlich die bisherigen Räume nicht mehr aus, so daß man bald gezwungen sein wird, neue Räume dazu zu mieten, um etliche Bureaus unterbringen zu können.

√ **Erfurt**, 8. Jan. (Bei dem außergewöhnlichen Frost) der vorigen Woche sind im berühmten Dreienbrunengelände bedeutende Mengen der bekannten Erfurter Brunnenkresse, die als Spezialität in alle Welt ausgeführt wird, erfroren. Die Pflanzen pflegen dort in den sog. Klingen zu überwintern. Infolge der niedrigen Temperatur waren jedoch diese künstlichen Wasserläufe stellenweise derartig ausgefroren, daß die Brunnenkresse nicht unter Wasser gehalten werden konnte und durch die Kälte vernichtet wurde. Seit dem Winter 1870/71 ist dieser Fall nicht zu verzeichnen gewesen.

§ **Herzberg** (Elster), 8. Januar. (Eine Feuersbrunst) äscherte in Osterode die Scheune des Stellmachers Schwabe ein, wobei auch verschiedene landwirtschaftliche Maschinen vernichtet wurden. Das Feuer entstand durch Explosion einer Karbidlaterne. Schwabe jun. erlitt dabei schwere Brandwunden an Gesicht und Händen.

* **Leipzig**, 8. Jan. (Verhaftung.) Auf Ersuchen der Staatsanwaltschaft in Zwickau wurde in einem hiesigen Hotel der Kaufmann Hupfeld aus Bockenheim festgenommen. Dieser hatte zuletzt in Hamburg ein Patentgeschäft. Unter der Angabe, das Geld gewinnbringend anzulegen, lockte er einem Herrn in Zwickau ca. 44 000 Mk. aus der Tasche und verspekulierte das Geld.

+ **Borna**, 8. Jan. (Beim Verlassen einer Leiter) kamen auf dem Neubau der Braunkohlenwerke Kraft in Thräna zwei Maurer zum Sturze; der eine ist tot, der andere wurde schwer verletzt vom Platze getragen.

÷ **Zerbst**, 8. Jan. (Unerhörter Streich.) In der Nacht zum Montag drangen Buben in das Grundstück des Bienenzüchters Schiebeling, rissen die Bienenstöcke aus ihrer Schutzumkleidung und warfen sie auf das Feld, wo die Völker elend erfroren. Die Rohlinge werden ihrer Strafe nicht entgehen.

— **Braunschweig**, 8. Jan. (Ein Haftbefehl) gegen den bisherigen Direktor Brandt der Harzer Werke in Blankenburg, Zorge und Sangerhausen wurde heute von der 2. Strafkammer des Herzogl. Landgerichts erlassen. Brandt sollte sich wegen Vergehens gegen das Musterschutzgesetz verantworten, war aber trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen. Staatsanwalt Heine beantragte daher, einen Haftbefehl zu erlassen. Brandt sei bei den Harzer Werken während des jüngsten Streiks plötzlich entlassen worden. Es liege die Möglichkeit vor, daß Brandt den Termin vergessen habe, trotzdem bitte er, auf einen Haftbefehl zu erkennen; Brandt könne sich ja später über den Grund seines Nichterscheinens äußern. Das Gericht beschloß im Sinne des Staatsanwalts.

Vermischtes.

Ueber vier Wochen verschüttet. Die drei Bergleute, die vor einem Monat 1000 Fuß tief in dem „Alpha-Bergwerk" in Nevada verschüttet wurden, sind immer noch wohlgemut und warten auf ihre Befreiung. Als man ihnen letzten Sonntag durch ein Rohr, durch das sie mit der Oberwelt in Verbindung stehen, mitteilte, daß sie wahrscheinlich noch weitere vier Wochen zu warten haben würden, ehe man sie befreien könne, riefen sie in lustigem Tone: „We're allright". Man tut alles möglichs, um den Leuten ihre Gefangenschaft erträglich zu machen. Man mußziert an dem Verbindungsrohr und läßt ihnen durch einen Pumpschacht mehr Speisen und Getränke zugehen, als sie überhaupt bewältigen können. Zwischen den Befreiern und den Gefangenen findet ein immerwährender Austausch von Scherzen statt. Am Sonntag beklagten sich die Gefangenen, daß man ihnen kein warmes Wasser für Bäder zur Verfügung stelle. Wenn dies so weitergehe, müßten sie sich ein anderes Hotel suchen. Die Leute erklären, in vorzüglicher Gesundheit zu sein, und sind sehr damit einverstanden, daß man, um die Gefahr eines Nachrutschens von Erdmassen zu verhindern, möglichst vorsichtig vorgeht. Einer der Gefangenen schrieb einen Weihnachtsbrief. Er sagte darin: „Wir leben im gelobten Lande, denn jeder will uns etwas zuschicken. Wein, Zigarren und alle Arten von Früchten werden in kleinen Gefäßen an einem Seil heruntergelassen. Wir haben unseren Fernsprecher mit dem Kabel verbunden und können zu jeder Zeit mit den Leuten sprechen. Die Leute wissen, daß unmittelbar in ihrer Nähe zwei ihrer Kameraden begraben liegen."

10 Personen in den Flammen umgekommen. Aus Commacchio in Italien wird gemeldet: Bei einer großen Feuersbrunst in einem von ärmeren Leuten bewohnten Stadtteile sind 10 Personen umgekommen, und eine größere Anzahl ist verletzt worden.

Französische Dichter und Tondichter über den Alkoholgenuß. Soll man Alkohol trinken? Diese zeitgemäße Frage hat die „Revue" einer Reihe von französischen Dichtern und Tondichtern vorgelegt. Unter den Antworten befinden sich recht interessante. Jules Claretie ist der Ansicht, daß die „grünen und gelben Musen" (er trinkt wenig Alkohol, nur von Zeit zu Zeit etwas süßen Likör) unheilvolle Ratgeberinnen sind. Seiner Meinung nach ist der Alkohol kein geistiges Anregungsmittel, sondern wirkt wie eine Peitsche zuerst aufstachelnd, dann niederdrückend. Der Komponist Massenet schließt sich dieser Ansicht an; er gehört zu den charakterfesten Naturen, die den Alkohol von jeher gemieden haben. Camille Saint-Saëns hält in der Theorie frisches Quellwasser für das vorzügliche Getränk; in der Praxis jedoch trinkt er etwas Wein und wenig Bier; wenig jedoch nur, weil er es selten gut findet. Als Anregungsmittel dagegen verabscheut er den Alkohol. Auch Victorien Sardou hält den Alkohol für ein Gift. Er verträgt, so sagt er, nicht einmal ein halbes Gläschen Likör. Dafür ist er allerdings ein starker Kaffeetrinker, der dreimal täglich Kaffee trinkt. Henri Lavedan erklärt den Alkohol in den stärksten Ausdrücken für ein Gift in des Wortes schlimmster Bedeutung und würde „mit beiden Händen" jedes Schriftstück unterzeichnen, das gegen den Alkohol gerichtet ist. Nach seiner Beobachtung wirkt der Alkohol auch nicht anregend auf die Arbeitskraft. „Das einzige Anregungsmittel, das es gibt, das unschädlich ist, unmittelbar wirkt und rein ist wie das Wasser, ist vielmehr das, was man als Willen bezeichnet" — so endet seine Antwort. Nur einer der befragten Tondichter hat sich für den Alkohol ausgesprochen. Vincent d'Indy. Er ist auch, was die Getränke anlangt, „religiös" veranlagt, denn seine Lieblingsgetränke sind Chartreuz nd Benediktiner. Auch dem Kognak ist er nicht abhold, denn er benutzt ihn gern, um sich zur geistigen Arbeit anzuregen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Keine beunruhigenden Symptome in Deutsch-Ostafrika.

Berlin, 8. Jan. Die beunruhigenden Meldungen eines Dar-es-Salaamer Blattes über das Verschwinden von vier Europäern in Deutsch-Ostafrika in den letzten vier Monaten hatten auch in deutschen Zeitungen Aufnahme gefunden. Es ist nunmehr festgestellt, daß es sich in zwei Fällen um Selbstmord handelt, in dem dritten Falle war ein Schreiber auf zwei Tage verschwunden. Dieser fand sich aber nach dieser Zeit wieder ein. Der vierte Fall betrifft den Sanitäts-Unteroffizier **Brückner**, der am 17. Oktober im Bezirk Mrogoro auf die Jagd gegangen war und seitdem nicht wieder gesehen worden ist. Nach den amtlichen Nachforschungen ist Brückner von einem Eingeborenen, der bereits verhaftet worden ist und der die Tat schon eingestanden hat, erschossen worden. Brückner soll dem Eingeborenen einen Hinterlader, in dessen Besitz er widerrechtlich von einem Europäer gesetzt worden war, abzunehmen versucht haben und bei dem Kampfe getötet worden sein. Alle vier Fälle sind also ohne symptomatische Bedeutung.

Petersprozeß.

Köln, 8. Jan. In der Nachmittagssitzung erklärte der als Zeuge vernommene Direktor der Kolonialeisenbahn-Betriebsgesellschaft, Mittelstädt-Charlottenburg, daß Peters wegen Kleinigkeiten schwere Strafen verhängt habe. Der vom Kläger geladene Zeuge von Pechmann-Berchtesgaden sagte aus, Mabruk sei verurteilt worden, weil er eines Einbruchsdiebstahls überführt worden sei. Er (Zeuge) habe als Beisitzer des Gerichts auf der Todesstrafe bestanden, obwohl Peters anfangs diese nicht gewollt habe. Es sei aber etwas anderes nicht möglich gewesen, weil einem Täter der Tod angedroht sei, wenn er den Diebstahl nicht eingestehe. Geschlechtliche Motive seien bei der Hinrichtung Mabruks vollkommen ausgeschlossen. Die Strafe habe vollstreckt werden müssen angesichts des gefährdeten Postens. Pechmann erklärt weiter, er würde unter gleichen Umständen ebenso gehandelt haben. Geschlechtliche Beziehungen hätten zwischen Mabruk und Jagodja nicht bestanden. Peters hätte mit aller Energie vorgehen müssen. Auch bei Jagodja hätten geschlechtliche Motive nicht mitgewirkt. Die Jagodja sei eine ganz gefährliche Person gewesen, welche mit den eingeborenen Stämmen konspiriert habe. Peters erklärt, daß im deutschen Kolonialgesetz die Todesstrafe für Kettenflüchtlinge enthalten sei. Pechmann erklärt weiter, daß er Bronsart von Schellendorf nicht für ganz zuverlässig halte. Alsdann wird die frühere Aussage Bronsart von Schellendorfs verlesen, in der er Peters Verhalten entschieden mißbilligt. Peters bestreitet die Glaubwürdigkeit Bronsart von Schellendorfs ein für allemal. Sodann wird Graf Pfeil als Sachverständiger vernommen. Er erkennt an, daß große Strenge im allgemeinen angebracht war, daß aber bei den Kilimandscharo-Leuten eine so große Strenge nicht notwendig gewesen wäre. Ein abschließendes Urteil könne er nicht abgeben. Um 6½ Uhr wird die Weiterverhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

Feuersbrunst infolge einer Pulverexplosion.

Commacchio, 8. Jan. Die bereits gemeldete Feuersbrunst ist wahrscheinlich durch eine Pulverexplosion hervorgerufen worden, durch die ein Haus in die Luft gesprengt wurde. Dessen Brandtrümmer haben das Feuer auf andere Gebäude übertragen. Neun Personen sind tot, zwei schwer und vier leicht verletzt.

Ein Titelschwindler.

Athen, 8. Jan. Wie hier bekannt wird, hat ein Hochstapler, der sich Ingenieur Max Brunner nennt, unter einer angeblichen Adresse in Berlin an verschiedene Geschäftsleute in deutschen Städten Briefe gerichtet, in denen er jenen gegen entsprechendes Entgelt die Verleihung des Titels eines griechischen Kommerzienrates oder Hoflieferanten anbietet. Die griechische Gesandtschaft in Berlin machte der dortigen Polizei von diesen Machenschaften Mitteilung, die Polizei konnte aber unter der angegebenen Adresse den Brunner nicht ermitteln. Im Interesse aller etwa Beteiligten legt man hier Wert darauf, zu erklären, daß es den Titel Kommerzienrat in Griechenland überhaupt nicht gibt, und daß derjenige eines Hoflieferanten nur an wirkliche Lieferanten des Hofes verliehen wird, daß es sich mithin um einen dreisten Schwindel handelt.

Potsdam, 8. Jan. Der Kaiser nahm heute an dem Couleurfest der Garde-Jäger und der Leibgardehusaren teil.

Rom, 8. Jan. Der preußische Gesandte beim Vatikan, Dr. von Mühlberg, ist heute nachmittag hier eingetroffen.

Leitung Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann; für das Feuilleton: Otto Sonne; für Provinzialnachrichten: Albert Herling; für den lokalen Teil: Eugen Brinkmann; für den Handelsteil: Fritz Ranz; für Gericht, Sport und Vermischtes: Hermann Sachse; für den Inseratenteil: Max Kuesebeck; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich „Unterhaltungsblatt".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080109010/fragment/page=0004

Berliner Börse, 8. Jan. 1908

Die Rubrik in Gurrelschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
1. Jan. | 1. Apr. | 1. Juli | 1. Okt. | 2. 1.1.7. | 3. 1.4.10. | 4. 15.3. | 5. 15.5.12. | 6. vierteljährl. 1.4.7.10 | 7. 1.5.11. | 8. 1.7.12. | 9. 1.8.12. | 10. 1.4.12. | 11. 1.4.10. | 12. 1.5.8.11. | 13. 1.3.6.9.11. | 14. 1.5.11. | 15. versch. | 16. 1.3.6.9.12.

Wechselgesetze: 1 Pf. Chr. Lot. Porto: 10 Pf. — Ost. 1 G. Gold: 1 K. Währ.: 1 M. 1 Fr.: 0.80. — 7 L. steu. 12. — 1 Gulden: 1.70. — 1 Kr.: 1.70. — 1 Kr.: 1.12. — 1 Kr.: 1.12. — 1 Kr.: 1.12. Gold-Mk. = 1.39. Yen: 1 Yen = 2.10 M. — 1 Rubel = 2.16.
Berlin, Bankdiskont 7½%, Lombardzinsfuss 8½%, Privatdiskont 5⅝%
Berichtet von

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Reichs. Schatz	3%	99.40G	
do. 1912	4%	99.90G	
Pr. Schatz 1908	3%	99.00G	
Pr. Anl. 1. 4. 09	4%	98.70G	
Pr. Schatz 1910	4%	99.80G	
Pr. Anl. Anl.	3%	93.90G	
do. do.	3%	82.40G	
Pr. Anl.	3%	84.20G	
do. do.	3%	82.30G	
Bad. St. A. 01	4%	100.00B	
do. do. 02	4%		
Bayer. Anl.	4%	100.25G	
do. do.	3%	92.40G	
do. Eisb. 01	3%	81.75G	
do. Lder. 8.	3%		
Braunschw. Anl.	4%		
Brem. Anl. 99	3%	91.60G	
do. 05u.15	3%		
do. 96	3%	81.30G	
Cassel Ldr.	4%		
do. XXI. 17	4%		
do. XXII. 14	4%	100.00G	
Hamb. St. A.	4%	94.10G	
do. 1907	4%	100.40B	
do. am. 1900	4%	100.00G	
do. 96 93	3%	93.00G	
do. 86. 87. 02	3%		
Hessen 09	4%	100.00G	
do. 93. 00	3½%	93.40G	
do. 96. 03-05	3%	81.00G	
Lüb. St. A. 06	4%	100.00B	
do. 99	4%	91.70G	
do. 99. 03	3%		
Mgdb. Eisb.	4%		
do. ex. A. 86	4%		
do. do. 90	3½%		
Old. St. A. 03	4%		
do. do. v. 96	3%		
Sachs. G. St. A.	4%		
Sachs. W. Lder.	4%	99.75B	
Sachs. Stadt.	3%	83.10G	
Brandb. Prov.	3½%		
Hann. Pr. IX.	4%		
do. VII. VIII	3½%		
Ostpr. Pr. Obl.	4%	99.50G	
do. do.	3%	90.30B	
Pomm. Pr. Anl.	4%	99.80G	
Posen. Pr. Anl.	3½%	96.30B	
do. do.	3%		
Rhpr. XX. XXI.	4%	99.80G	
do. XXII. XXIII	4%	99.80G	
do. XXIX.	3½%	93.75G	
do. XXIV-XXVII	3%	91.00B	
do. XXVIII. 16	4%	91.50G	
do. XIX. u. 09	4%	99.75G	
do. XVIII.	3½%	88.50G	
do. IX. XI. XIV	3%	82.00G	
Westf. Prov. Anl.	4%	99.75G	
do. u. 15. 16	4%	99.75G	
do. uk. 09	3½%	95.50G	
do. II. III. IV	3%	90.75B	
do. uk. 14	3%	91.00G	
do. II.	3%	83.00G	
Westpr. Prov.	4%		
do. do.	3½%		

Staats-, Kreis- und Gemeinde-Anleihen.

Ankt. XXI	4%	99.60G	
Kh. D. Wld. Tl.	4%	99.60G	
Aachen 93	3½%	92.25G	
do. 1902	4%	99.75G	
Altenbg. I. II.	4%	99.75G	
Altona	4%	99.75B	
Apolda 95	3%		
Augsburg	3%	92.00G	
do.	4%	98.60G	
Barmen 99	4%	99.80G	
do. 01	4%	90.60B	
Berlin 76-78	4%	96.00G	
do. 82. 98	3%	93.70B	
do. 1904	3½%	93.70G	
do. St. Sva. 1.	4%	99.25G	
do. do. 1902	4%	89.25G	
Bielefeld	4%		
Bonn	4%	81.60G	
do. 01-05	3½%	91.00B	
Brandenb 10	4%	98.60G	
Breslau 99	4%	91.75G	
Bromberg 01	4%	98.25G	
Burg. unk. 10	4%	98.50G	
Charl. 89 99	4%	100.50G	
Chem. 99	4%	100.50G	
Cöln 01. 02	4%	100.50G	
do. 95 u. 11	3½%	91.50B	
do. 95 99. 02	3%	91.50B	
Cöln 1900	4%	92.10G	
do. 06 u. 11	4%	99.50bB	
Cöln. Ank.	4%	98.75G	
Cöln. 80 83	4½%		
Crefeld 00	4%	99.75G	
Danzig	4%		
Dessau 96	3½%	91.00G	
Dt.-Eylau 00	4%	98.00B	
Dt. Wilmersd.	4%		
Dortmund	3½%	91.25B	
do. 12	4%	99.00G	
Dresdner	4%	99.30B	
do. 1893	3½%		
do. 1905	4%	91.75G	
Düsseldorf 99	4%	98.75G	
do. 88 1903	3½%		
Duisburg 99	4%		
do. 82-95	3½%	91.75G	
do. 1902	4%	90.75G	
Eisenach 99	4%	95.00G	
Elberfeld 89	3½%		
do. 1899	4%	98.80B	
Erfurt 93. 01	4%	99.50G	
do. 93 01	3½%	92.00G	
Essen 79. 01	3½%	94.00G	
Frankfurt 01	4%		
do. 06	4%	100.00B	
Freibg. i. B. 03	3½%	90.50G	
Fürstenwld.	4%		
Glauchau 99	4%	91.75G	
Görlitz 1900	4%	98.50G	
do. do.	3½%		
Halberst. 97	3½%	90.60G	
Halle 86. 92	3½%	92.60G	
do. 99	4%		
Hamm i. W. 03	4%	91.00G	
Hannover 95	3½%	93.00G	
Heidelb. 00	3½%	91.50G	
Hildesheim	4%		
Jena 1900	4%	98.75G	
Kaiserslautern	4%	98.40B	
Karlsruhe cv.	4%		
do. do.	3½%	90.50G	
do. 86. 89	3%	87.00G	
Kiel 89 98	3½%	91.75G	
do. 1904	4%	99.50G	
Königsbg. 99	4%		
Lerr. i. G.	4%		
Lichtbg. 00	4%	98.50G	
Ludwgsh. 06	4%	98.25G	
do. do. 02	3½%	90.60G	
Magdeburg	4%	94.80G	
do. 91 u. 10	4%		
do. 04 u. 11	4%	99.80bB	
do. 02 u. 17	4%		
Mainz 10	4%	98.40B	
do. 1916	4%	99.75G	
Mannh. 1901	4%	98.75G	
Marienbg. 01	4%		
Mins. 95 02	3½%	92.00G	
Mülheim Rhr.	4%	90.75G	
München 94	3½%	91.60G	
Münster 97	3½%	89.30G	
Münster 99	3½%	92.50G	
Nürnb. 99 01	4%	99.25G	
do. 1896 98	3½%	90.50G	
Peine 03	4%		
Pirmasens	4%	98.90B	
Plauen 1903	4%		
do. 1905	4%		
Posen 94. 03	4%	89.60G	
do. 05 u. 12	4%	98.30G	
Potsdam 02	4%	91.40G	
Rostock	4%	91.50G	
Schöneb. 04	4%	99.75G	
do. 96	4%	93.00G	
do. 04	4%	92.50G	
Schwerin 88	4%	91.60G	
Spandau 91	4%		
do. 95	4%	99.60G	
Stettin 99	4%		
Stendal 01	4%		
Stettin 1904	4%	99.40G	
do. 1910	4%	90.25B	
Tilsit 1900	4%	98.50G	
Thorn 01 u. 11	4%		
Weimar	4%	99.60G	
Wiesb. 79 88	3½%		
Worms. 01	4%	98.75B	
Zerbst 05 10	4%		

Preussische Pfandbriefe.

Berlin. Pfdb.	4%	95.00B	
Berlin. Pfdb.	4%	107.50G	
do. do.	4%		
do. do. neue	4%		
do. do. alte	4%		
do. Comm. O.	4%		
do.	4%		
Ostpreuss.	4%		
do.	3½%		
Pommersch.	4%		
do. neuld.	4%		
do. do.	3½%		
Posensche	4%		
do. Al.-Vrbl.	4%		
do. Lit. D.	4%		
do. Lit. B.	4%		
do. Lit. C.	4%		
Sächsische	4%		
do.	3½%		
do. neue	4%		
Schles. altbes.	4%		
do. ldsch. L. A.	4%		
do. do. do.	3½%		
do. do. do.	3%		
do. do. L. C.	4%		
do. do. do.	3½%		
do. do. do.	3%		
Schl. Hlst.	4%		
do. do.	3½%		
Westf. Land	4%		
do. do.	3½%		
do. III. Folge	4%		
Westpr. rit. L.	4%		
do. IB.	4%		
do. II.	3½%		
do. I.	3%		
do. II.	3%		
Westpr. Prov.	4%		
do. do.	3½%		

Renten-Briefe.

Hannovrsch.	4%		
do.	3½%		
Hessen Nass.	4%		
do.	3½%		
Kur- u. Neumk.	4%	99.25G	
do.	3½%	92.60B	
Pommersch	4%	99.75B	
do.	3½%	92.60G	
Posensche	4%	99.75G	
do.	3½%	92.50G	
Preussische	4%	99.25G	
do.	3½%	92.50G	
Rheinische	4%	99.25G	
do.	3½%	92.50G	
Sächsische	4%	99.25G	
do.	3½%		
Schlesische	4%		
do.	3½%		
Schleswig-Holst.	4%		
do.	3½%		

Deutsche Lose

Augsbg. 7 Gl.	3 fr.	30.90B	
Bad. Pr. A. 67	3 fr.	145.75B	
Braunschw. 20 Tl.	4%	172.00B	
Cöln-Mn. Pr. A.	3½%	133.25B	
Damb. 50 Tl.	3 fr.	151.00B	
do.	3%		
Lübeck. cv.	3%		
Meinl. 7 Gl.	3%	132.50G	
Mecklenb. 40 Tl.	3 fr.	123.40G	
O. Dstaf. Schw.	4%	93.50B	
Ostaf. Eisb. A.	3%	92.40G	

Ausl. Fonds u. Pfandbriefe

Arg. Eisb. 90	4%	98.70G	
do. Anl. v. 87	5%	101.00B	
do. do. u. 1000 P.	4%	98.20G	
do. do. 4000 M.	4%	93.90G	
do. 400 M.	4%	94.60G	
do. aus 1000	4%	93.10B	
Pfandb. B. 5	5%	100.50G	
Sonnisch Anl.	5%		
do. v. 98u.05	4%		
do. 02	4%	99.25bB	
Belg. St. A. 92	4%		
do. mittlere	4%	101.60B	
Chile Gold A.	4%		
do. 408	4%		
do. v. 1906	4%	84.25G	
China Anl. v. 95	4%	103.25B	
do. kleine	4%	105.50G	
Dan. v. 94	4%	101.50G	
do. kleine	4%	101.00B	
do. v. 96	4%	95.40B	
do. kleine	4%	95.40B	
Egypt. Ag.	4%		
Egypt Dairah	4%		
Finnld. Lose	3%	115.00B	
Frankr. 15 Fr.	3%	125.25bB	
Griech. 81. 84	4%	67.75G	
do. Monopol	4%	50.30G	
Ital. Rente	5%	97.40G	
Japan Anl. II	4%		
do. 1. 7	4%	88.90G	
Italien Rente	4%	91.10G	
do.	3½%	61.50G	
Mexik. 5001	4%	100.10G	
do. 250	4%	100.10G	
do. 100	4%	101.90B	
do. 500	5%	102.10B	
Norweg. A. 94	4%		
do. 88	3½%		
Oesterr. Gld.	4%		
do. Kronenw.	4%		
do. ohne cv.	4%		
do. Silb. Rente	4%		
do. Pap. Rente	4%		
do. 60er Lose	4%		
do. 64er Lose	4%		
Port. St. Anl.	3%		
do. Anl. II.	3%	84.20G	
do. III. Spec.	3%	10.80G	
Rumän. 03	5%	100.50B	
do.	4%	89.60G	
do.	4%	92.25B	
do.	4%	88.40G	
do.	4%	87.75B	
do. kleine	4%	88.00B	
do.	3½%	68.50B	
do.	3%	58.50bB	
do.	2½%	48.50B	
Russ. A. 80	4%	98.50G	
do. Goldrente	4%	99.75G	
do. Gold 89	4%		
do. 96	4%	92.50G	
do. 96	4%	91.60G	
do. 96	4%	90.60G	
do. 1902	4%	91.60G	
do. 1905	4%	94.25G	
Russ. St. A. 00	4%	98.75G	
do. 1906	4%		
Russ. Cons. 80	4%		
do. 1905	4%		
Russ. Staatsr. 00	4%		
do. Pr. A. 64	6%		
do. Pr. A. 66	6%		
do. Pr. A. 67	6%		
do. Pr. A. 69	6%		
do. Pr. A. 70	6%		
do. Pr. A. 72	6%		
do. Pr. A. 73	6%		
do. Pr. A. 76	6%		
do. Pr. A. 77	6%		
do. Pr. A. 78	6%		
do. Pr. A. 79	6%		
do. Pr. A. 80	6%		
do. Pr. A. 81	6%		
do. Pr. A. 82	6%		
do. Pr. A. 83	6%		
do. Pr. A. 84	6%		
do. Pr. A. 85	6%		
do. Pr. A. 86	6%		
do. Pr. A. 87	6%		
do. Pr. A. 88	6%		
do. Pr. A. 89	6%		
do. Pr. A. 90	6%		
do. Pr. A. 91	6%		
do. Pr. A. 92	6%		
do. Pr. A. 93	6%		
do. Pr. A. 94	6%		
do. Pr. A. 95	6%		
do. Pr. A. 96	6%		
do. Pr. A. 97	6%		
do. Pr. A. 98	6%		
do. Pr. A. 99	6%		
do. Pr. A. 00	6%		
do. Pr. A. 01	6%		
do. Pr. A. 02	6%		
do. Pr. A. 03	6%		
do. Pr. A. 04	6%		
do. Pr. A. 05	6%		
do. Pr. A. 06	6%		
do. Pr. A. 07	6%		
do. Pr. A. 08	6%		
do. Pr. A. 09	6%		
do. Pr. A. 10	6%		
do. Pr. A. 11	6%		
do. Pr. A. 12	6%		
do. Pr. A. 13	6%		
do. Pr. A. 14	6%		
do. Pr. A. 15	6%		
do. Pr. A. 16	6%		
do. Pr. A. 17	6%		
do. Pr. A. 18	6%		
do. Pr. A. 19	6%		
do. Pr. A. 20	6%		
do. Pr. A. 21	6%		
do. Pr. A. 22	6%		
do. Pr. A. 23	6%		
do. Pr. A. 24	6%		
do. Pr. A. 25	6%		
do. Pr. A. 26	6%		
do. Pr. A. 27	6%		
do. Pr. A. 28	6%		
do. Pr. A. 29	6%		
do. Pr. A. 30	6%		
do. Pr. A. 31	6%		
do. Pr. A. 32	6%		
do. Pr. A. 33	6%		
do. Pr. A. 34	6%		
do. Pr. A. 35	6%		
do. Pr. A. 36	6%		
do. Pr. A. 37	6%		
do. Pr. A. 38	6%		
do. Pr. A. 39	6%		
do. Pr. A. 40	6%		
do. Pr. A. 41	6%		
do. Pr. A. 42	6%		
do. Pr. A. 43	6%		
do. Pr. A. 44	6%		
do. Pr. A. 45	6%		
do. Pr. A. 46	6%		
do. Pr. A. 47	6%		
do. Pr. A. 48	6%		
do. Pr. A. 49	6%		
do. Pr. A. 50	6%		
do. Pr. A. 51	6%		
do. Pr. A. 52	6%		
do. Pr. A. 53	6%		
do. Pr. A. 54	6%		
do. Pr. A. 55	6%		
do. Pr. A. 56	6%		
do. Pr. A. 57	6%		
do. Pr. A. 58	6%		
do. Pr. A. 59	6%		
do. Pr. A. 60	6%		
do. Pr. A. 61	6%		
do. Pr. A. 62	6%		
do. Pr. A. 63	6%		
do. Pr. A. 64	6%		
do. Pr. A. 65	6%		
do. Pr. A. 66	6%		
do. Pr. A. 67	6%		
do. Pr. A. 68	6%		
do. Pr. A. 69	6%		
do. Pr. A. 70	6%		
do. Pr. A. 71	6%		
do. Pr. A. 72	6%		
do. Pr. A. 73	6%		
do. Pr. A. 74	6%		
do. Pr. A. 75

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Der Markt ermangelte gestern der einheitlichen Stimmung, da die von aussen wirkenden Einflüsse recht verschiedenartiger Natur waren. New York, das ja noch fortgesetzt am massgebendsten für die allgemeine Tendenzbildung bleibt, liess keine ausgesprochene Haltung erkennen, doch behauptete sich dort am Aktienmarkt die feste Grundstimmung, wiewohl neuerdings eine Anzahl von Zahlungseinstellungen hauptsächlich auch in der dortigen Diamantenbranche bekannt geworden war. Der Eindruck dieser fortgesetzten amerikanischen Zusammenbrüche war aber sowohl in Berlin als auch in London ein ungünstiger, und an der Themse zeigte sich auf den meisten Gebieten Verkaufslust. Die dort aufgelegte indische Anleihe, deren Kurs sich verhältnismässig günstiger stellt als der Konsolskurs, führte zu Realisationen in dem englischen Standardpapier, wodurch der gesamte Markt mit Ausnahme der südafrikanischen Goldminen gedrückt wurde. Hier veranlasste die Erhöhung der amerikanischen Roheisenpreise eine gewisse Widerstandskraft auf dem Montangebiete, die ausserdem genährt wurde durch die gemeldeten Abschlüsse der Bayerischen Staatsbahnen mit dem Stahlwerks-Verband. Es berührte dabei günstig, dass dieselben Preise wie die vor mehreren Monaten von den preussischen Staatsbahnen zugebilligten bewilligt wurden, wiewohl inzwischen die Marktkonjunktur sich weiter abgeschwächt hat. Die ausgesprochene Festigkeit der übrigen internationalen Metallmärkte kam gleichfalls bis zu einem gewissen Grade in Betracht, ebenso wie die Verbilligung, die sich am Geldmarkt zeigte, und die der neuen preussischen Staatsanleihe ein günstiges Horoskop zu stellen scheint, dem Markt zur Stütze gereichte. Schwach lagen vorwiegend die internationalen Werte, besonders amerikanische Eisenbahnaktien. Das Geschäft bewegte sich in der ersten Zeit in engen Grenzen und blieb hinter den vorgestrigen Umsätzen erheblich zurück. Später bewirkte die Verbilligung des Privatdiskonts Befestigung und einige Belebung. Die leitenden Bankaktien vermochten anfangs ihre vorgestrige Preisbesserung nicht voll zu behaupten, zogen aber weiterhin wieder an. Russenbank fest. Von amerikanischen Eisenbahnaktien büssten Canada ca. 1¾ Proz. ein; Baltimore und Pennsylvania ca. 1½ Proz. niedriger. Von sonstigen Transportwerten gaben österreichische einen Bruchteil nach. Italienische matt, Meridionalbahn ¾ Proz., Mittelmeer 1 Proz. niedriger. Henri dagegen nach etwas schwächerer Eröffnung im Verlauf ½ Proz. weiter anziehend. Am Montanmarkt verloren Bochumer anfangs ¾ Proz., Rheinstahl 1 Proz., Gelsenkirchener und Harpener ca. ½ Proz., um sich dann teilweise zu erholen. Deutsch-Luxembourger stiegen 1½ Proz. Phönix ca. ¾ Proz., Dortmunder und Laura einen kleineren Bruchteil höher. Schifffahrtsaktien behauptet. Von Nebenwerten gaben A. E.-G. ¾ Proz. nach. Ausländische Renten im Verlauf abgeschwächt, besonders Japaner, die auf London ½ Proz. einbüssten. Nur Türkenlose fest. Deutsche Anleihen meist höher, 3½ proz. Konsols bis 0,20 Proz. anziehend. Kassamarkt fest durchweg weiter steigend. Schluss weiter befestigt auf Gerüchte, wonach in London im Hinblick auf die bevorstehende Indische Anleihe heute eine weitere Herabsetzung der Diskontorate bevorstehen soll. Privatdiskont ⅝ Proz. niedriger, 5⅝ Proz.

Eine neue Hamburger Staatsanleihe. Wie wir erfahren, steht der Abschluss einer neuen, wahrscheinlich 4 proz. Hamburger Staatsanleihe im Betrage von 60 Millionen Mark unmittelbar bevor. Es entwickelt sich nach dem Vorgehen der Königlichen Seehandlung anscheinend ein förmlicher Wettlauf um die dem Markt zufliessenden Barbeträge, an dem sich jetzt bereits ausser Preussen auch Württemberg und Hamburg beteiligen. Die nächsten Tage dürften weitere Aspiranten in die Arena des Geldmarktes bringen, und es wird dergestalt bald wieder mit der kaum zum Vorschein gekommenen etwas grösseren Geldflüssigkeit zu Ende sein.

Versicherungsaktien. Frankf. Trp., Unfall u. Glas 1560 G. Preuss. National Stett. 1200 bz. Schles. Feuer-Versich. 1500 bG. Securitas 450 G. Thuringia, Erfurt 4000 Br.

Das Kalisyndikat beruft die nächste Gesellschafterversammlung auf den 21. Januar ein. Bei dieser Gelegenheit soll u. a. eine Kommission gewählt werden, die sich mit der Verlängerung des Syndikats zu beschäftigen haben wird.

Stahlwerksverband. Die bayerische Staatsbahnverwaltung überträgt dem Stahlwerksverband die Lieferung des gesamten Oberbaumaterials auf die Dauer von drei Jahren. Der Grundpreis für Schienen wurde auf 120 Mk. und für eiserne Schwellen auf 111 Mk. pro Tonne festgesetzt. In dem abgeschlossenen Betrage ist auch der Bedarf der pfälzischen Bahnen vorgesehen. Der Abschluss des Stahlwerksverbandes mit Württemberg, Baden und Sachsen befindet sich noch in der Schwebe.

Ermässigung der Schweisseisenpreise. Die vereinigten Schweisseisenwerke ermässigten die Grundpreise für Handelseisen im Wettbewerb mit Flusseisen auf 135 Mk., für Schrauben und Pressmuttereisen auf 145 Mk. Die Qualitätspreise bleiben bestehen, weil die Preisermässigung für Qualitätsroheisen nur 4 Mk. beträgt.

Zur Lage der Deutschen Werkzeugmaschinenfabrikation. In einer in diesen Tagen in Berlin unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Ernst Schiess abgehaltenen Ausschusssitzung fand über die Geschäftslage ein Meinungsaustausch statt, der folgendes Bild ergab: Ein Rückblick auf das Jahr 1907 zeigt in allen Arbeitsstätten der Metallindustrie einen hohen Grad der Beschäftigung, für die das finanzielle Resultat bei den weiterverarbeitenden Industriezweigen und im besonderen Werkzeugmaschinenbau ein sehr günstiges gewesen sein würde, wenn nicht die hohen Preise der Materialien und die gesteigerten Ansprüche der Arbeiter die Selbstkosten in so gewaltigem Masse erhöht hätten. Die günstige Lage im internationalen Weltmarkt hat es ermöglicht, den Fabriken volle Beschäftigung zu gewähren, da auch das Ausland, das teilweise noch nicht auf der Höhe der Leistungsfähigkeit steht, mit seinem nicht unbedeutenden Bedarf die heimische Industrie in Anspruch genommen hat. Doch ist die Befürchtung nicht ungerechtfertigt, dass für die Dauer bei den niedrigen Zollsätzen in Deutschland, das Ausland Konkurrenz für den heimischen Bedarf, den die deutsche Maschinenindustrie infolge ihrer Einrichtungen allein decken kann, machen wird. Die Wirkung der Handelsverträge ist heute bei dem kurzen Bestehen derselben und infolge des internationalen Wettbewerbes noch nicht zu übersehen, doch ist es nicht zweifelhaft, dass bei grösserem Abflauen des Geschäftes nicht allein die Aufträge vom Ausland infolge seines bedeutend höheren Zollschutzes geringer werden, sondern auch namentlich von Amerika bedeutende Mengen von Maschinen in Konkurrenz auf den deutschen Markt treten werden. Der hohe Geldstand und das seit Monaten bestehende Gefühl der Unsicherheit für das Geschäft im Inlande wie nach dem Auslande hat auch für den Werkzeugmaschinenbau einen etwas ruhigeren Geschäftsgang hervorgerufen, doch ist zu hoffen, dass bei den gesteigerten Bedürfnissen des wirtschaftlichen Lebens sich in nicht zu ferner Zeit der Absatz der Fabrikate der Industrie im allgemeinen, wie auch für die Werkzeugmaschinenfabrikation im besonderen, deren Aufgabe es ist, die wachsenden Anforderungen der Industrie für sachgemässe und billige Herstellung ihrer Fabrikate zu befriedigen, sich wieder steigern und dadurch den vielen Fabriken die Aufrechterhaltung ihrer Betriebe ermöglichen wird.

Die Zuckerfabrik Fraustadt, Aktiengesellschaft, verarbeitete in der am letzten Sonnabend beendigten diesjährigen Rübenkampagne 1 359 900 (i. V. 1 285 000) Ztr. Rüben.

Zuckerraffinerie Freilstedt. Direktor Rückert von der Norddeutschen Zuckerraffinerie Freilstedt wird am 1. Februar die Leitung dieser Fabrik aufgeben und seinen Wohnsitz in Berlin nehmen.

Brauerei Königstadt Akt.-Ges., Berlin. In der Generalversammlung wurden die Regularien genehmigt und die Dividende auf 5 Proz. festgesetzt. Im neuen Geschäftsjahr verlief nach den Auslassungen der Direktion das Geschäft bis jetzt normal, der Umsatz hat sich wesentlich gebessert, so dass, wenn nicht wieder unvorhergesehene ungünstige Momente eintreten, ein befriedigendes Resultat zu erwarten ist.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat. Ueber die Zechenbesitzerversammlung wird gemeldet: Der Vorsitzende widmete zunächst Geh. Rat Krabler, der mit dem Ausscheiden aus seiner bisherigen Tätigkeit die beim Kohlensyndikat bekleideten Aemter niedergelegt hat, Worte des Dankes. Die Abgabe und Entschädigung für Mehr- und Minderabsatz wurde auf 1,50 Mk., die Strafe für jede Tonne der von den Beteiligten nicht gelieferten Mengen auf 2 Mk. pro Tonne festgesetzt. Die Beteiligung für Koks wurde um 10 Proz. auf 90 Proz. herabgesetzt. Um den formellen Vorschriften des Syndikatsvertrages zu genügen, soll vom 1. Januar 1908 ab bei Minderlieferung Arbeitermangel als höhere Gewalt nicht mehr angesehen werden. — Nach dem Bericht des Vorstandes betrug der rechnungsmässige Absatz im November bei 24⁴/₅ Arbeitstagen 5 749 762 Tonnen oder arbeitstäglich 238 332 Tonnen. Von der Beteiligung wurden abgesetzt 93,42 Proz. Der Versand betrug arbeitstäglich an Kohlen 184 727, an Koks 44 343, an Briketts 10 341 Tonnen. Der arbeitstägliche Gesamtversand in Kohlen ist gegen November 1906 gestiegen um 5,9 Proz., in Koks um 8,3 Proz., in Briketts um 15,17 Proz., die Förderung insgesamt um 6 734 946 Tonnen. Die günstige Entwicklung der Förderverhältnisse hat im November und Dezember angehalten und eine weitere Verbesserung erfahren. Der Versand wurde durch Wagenmangel und niedrigen Wasserstand beeinträchtigt. Das Förderergebnis des Novembers von arbeitstäglich 279 169 Tonnen stellt die bisher überhaupt erreichte stärkste Förderleistung dar. Auch der rechnungsmässige Absatz im November weist eine erhebliche Zunahme gegenüber dem Vormonat auf. Auch im Monat Dezember hat der Kohlenversand trotz vereinzelter Abbestellungen seitens der Eisenindustrie noch keine Abschwächung erfahren, und es konnten die von den Zechen gelieferten Mengen schlank abgesetzt werden, wozu die seit Monatsbeginn eingetretene Besserung des Rheinwasserstandes nicht unwesentlich beitrug, so dass grösere Mengen nach Süddeutschland verfrachtet werden konnten. Im Monat Dezember haben sich jedoch die Abbestellungen in Koks vermehrt, infolgedessen der Absatz vorausichtlich nur etwa 96 Proz. der Beteiligung erreichen dürfte, gegen 99,39 Proz. im November. Die Briketterzeugung hat weiterhin zugenommen; die erzeugten Mengen sind in vollem Umfange abgesetzt worden. Im weiteren Verlaufe der Zechenbesitzerversammlung teilte der Vorstand unter Geschäftliches mit, dass für das Jahr 1907 eine geldliche Förderabrechnung nicht stattfinden würde.

Allgemeine Berliner Omnibus-Aktiengesellschaft in Berlin. In der Generalversammlung, die in sechsstündiger Verhandlung verschiedentlich die Haltlosigkeit des von der Neuburger-Gruppe vorgebrachten Angriffsmaterials ergab und in friedlicher Stimmung schloss, wurde der Antrag Hillger-Hansemann auf Einsetzung einer Revisionskommission zur Prüfung der letzten Abschlusses und der Tarifpolitik mit 20 587 gegen 15 901 Stimmen abgelehnt, ebenso der zurückgezogene, vom Bankier Neuburger aber wieder aufgenommene Antrag auf Prüfung der Vorgänge und Bilanzen aus der Aera Neuburger. Die Gruppe Bleichröder hatte noch die Majorität. Sie vertrat 5 556 000 Mk. Aktien, Neuburger 550 000 Mk., Hillger 700 000 Mk. und Kammerrat Künzig 2 800 000 Mk. Letzterer als Vertreter sowohl des Fürsten Fürstenberg wie der Madeira-Aktiengesellschaft, die das Gros der Fürstenbergschen Aktien in Händen hat. In den Aufsichtsrat wurde neu gewählt der Automobilspezialist der Technischen Hochschule Charlottenburg, Geheimrat Hoffmann. Die Einnahmen in den ersten elf Monaten betrugen 8 423 000 (6 059 000) Mark, die Ausgaben 7 508 000 (4 835 000) Mk., der Ueberschuss 916 892 (1 233 000) Mk. Futtermittel konnten relativ günstig eingekauft werden. Die Neu- und Umbauten erforderten 600 000 Mark.

Die Uhrenindustrie im Kanton Neuenburg geht einer Krisis entgegen. Die Geschäfte stocken allgemein.

Das Betriebsergebnis der Lübeck-Büchener Eisenbahn stellt sich für 1907 auf 7 734 382 Mk., das ist ein Mehr von 635 849 Mk. gegen das Vorjahr.

Luxemburgische Prinz-Heinrich-Bahn. Aus Berlin wird geschrieben: Zu denjenigen Papieren, die einen nicht unbeträchtlichen Kursrückgang im Jahre 1907 erlitten haben, gehören auch die Aktien der Luxemburgischen Prinz-Heinrich-Bahn. Während sie zu Ende 1906 über 151 Proz. notiert hatten, gingen sie im Laufe des Jahres 1907 allmählich bis auf 116 Proz. zurück. Abgesehen von der allgemeinen Börsenlage, sprechen hierbei noch andere Umstände mit: die Abschwächung in der luxemburgischen Eisenindustrie, die für die Bahn von grösster Bedeutung ist, und teilweise im Zusammenhang hiermit die Befürchtung eines Dividendenrückganges bei der Gesellschaft. Am Dienstag trat nun eine mehrprozentige Steigerung in den Aktien ein, die sich daraus erklärt, dass im Gebiet der Bahn Kohlenfunde gemacht worden sind. Sollte sich herausstellen, dass es sich hierbei um grössere, abbauwürdige Lager handelt, so würde dies die gesamte Basis der Gesellschaft verschieben. Den weiteren Nachrichten über diese Angelegenheit darf man mit Interesse entgegensehen.

Warschau-Wiener Eisenbahn. Der provisorische Ausweis der Bruttoeinnahmen für November 1907 ergibt eine Gesamteinnahme von 2 093 816 Rubel gegen 1 778 639 Rubel im Vorjahre. Die Einnahmen Januar-November betragen 20 383 447 Rubel gegen 19 508 785 Rubel im Vorjahre.

Leder und Häute. Aus Berlin, 6. Jan., wird berichtet: Bei der gerstrigen Häuteauktion gelangten zum Angebot 16 049 Schaffelle der jüngeren und 27 653 der älteren Berliner Häuteverwertungsgenossenschaft. Bei schleppendem Verlauf konnte wohl das gesamte Angebot geräumt werden, aber die Preise blieben hinter der letzten Auktion im November erheblich zurück. Käufer waren in der Hauptsache Händler von hier und auswärts, während die sonst hier kaufenden Gerber stark zurückhielten. Im allgemeinen ist die Stimmung weiter sehr gedrückt. Es wurde erzielt für frügeschorene 2,20 (3,30—3,60), do. lang 2,80 bis 3,80 (4,40—4,90), feinwollige 3,80—4,60 (5,30—5,70), feinwollige Böcke 6,40 (—), grobwollige 2,10—2,50 (2,20—2,50), Holsteiner Lämmer 4,20—5,30 (5,70—6,80), grobwollige lang 3,10 bis 4,20 (4,40—4,60), kahle 1,60—2,00 (2,00—3,00), Lammfelle 1,80 (1,50). Die ältere Genossenschaft erzielte für frühgeschorene 2,30—2,60 (3,30—3,60), do. lang 2,80—3,60 (4,50—5,10), feinwollige 4,20—4,30 (5,80), Böcke 4,70—5,70 (6,80), Holsteiner 4,00 bis 4,50 (5,70—6,80), grobwollige 2,50—3,70 (2,80—4,10), kahle 1,90—2,30 (2,70), Lammfelle 1,50 (1,90), auswärtiges Gefälle —,— Mk.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 8. Jan. Am Frühmarkt notierten Weizen inl. 219—221,00. Roggen inl. 206—208,00. Hafer, märkischer, mecklenburg., pommerscher, preuss., posenscher u. schlesischer fein 180—192, mittel 173—179, gering 167—172, russischer mittel u. gering —,—. Mais, runder 160,00—167,00. Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 162—168, gute 169—180, russische und Donau leichte 157 bis 162. Erbsen inländ. und ausländischer Futterware 190—195, kleine —,—. Weizenmehl 00 29,25—31,50. Roggenmehl 0 und 1 27,40—29,20. Weizenkleie 12,50—13,25. Roggenkleie 13,00—13,75. (Alles frei Bahn.)

Hamburg, 8. Jan. Weizen fest, Mecklenburger und Ost-Holsteiner 210—220. Roggen fest, Mecklenburger und Altmärker 194—208, russ. cif. 9 Pud. 10/15 168,00. Gerste ruhig, südruss. cif. 136,50. Hafer fest, Holsteiner und Mecklenburger 172—178. Mais stetig, America mixed cif. 122,00. La Plata cif. 121,00.

Pest, 8. Jan. Weizen befest, per April 12,59 Gd., 12,60 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 10,33 Gd., 10,34 Br. Roggen per April 11,16 Gd., 11,17 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober 9,06 Gd., 9,09 Br. Hafer per April 8,20 Gd., 8,21 Br., per Mai —,— Gd., —,— Br., per Oktober —,— Gd., —,— Br. Mais per August —,— Gd., —,— Br., per Mai 7,07 Gd., 7,09 Br. Raps per August 16,80 Gd., 16,60 Br.

Zucker.

Hamburg, 8. Jan. Rübenrohzucker, 1. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Januar	19,90	19,90	19,90 Mk.
„ März	20,25	20,25	20,25 „
„ Mai	20,60	20,55	20,55 „
„ August	20,90	20,85	20,85 „
„ Oktober	19,55	19,55	19,55 „
„ Dezember	19,50	19,50	19,50 „
	ruhig	willig	willig

Kaffee.

Hamburg, 8. Jan. Good average Santos

	vorm.	nachm.	abends
per März	32½ Gd.	32½ Gd.	32½ Gd.
„ Mai	33 Gd.	33 Gd.	33 Gd.
„ September	33½ Gd.	33¼ Gd.	33½ Gd.
„ Dezember	34 Gd.	33¾ Gd.	33¾ Gd.
	stetig	ruhig	ruhig

Bremen, 8. Jan. Kaffee behauptet.

Havre, 8. Jan. Kaffee good average Santos per März 41½, per Mai 41¼, per Sept 42, per Dez. 42¼. Kaum stetig.

Spiritus.

Nordhausen, 8. Jan. Branntwein 40 Vol. Proz. für 100 kg (105—106 l) 66,50—67,50 M., do. 45 Vol. Proz. für 100 kg (106—107 l) 74,25—75,25 M. per loko-Lieferung ohne Fass ab Brennerei.

Hamburg, 8. Jan. Spiritus fest, per Jan. 31⅞ Gd., per Jan.-Febr. 31⅞ Gd., per Febr.-März 31⅞ Gd.

Petroleum.

Hamburg, 8. Jan. Petroleum fest Standard white loko 7,55.

Oele. Oelsaaten. Fettwaren.

Bremen, 8. Jan. Schmalz fest. Loko, Tubs und Firkin 44, Doppeleimer 44¼.

Köln, 8. Jan. Rüböl loko 76,00, per Mai 72,50.

Hamburg, 8. Jan. Rüböl ruhig, verzollt 73,00.

Hull, 8. Jan. Leinöl loko 21/6.

Wolle.

Bremen, 8. Jan. Baumwolle still. Upland loko middl. 58½ Pfg

Kartoffelmehl und Stärke.

Berlin, 8. Jan. Kartoffelmehl und -Stärke 24,00—24,50. Feuchte Stärke 14,20.

Magdeburg, 8. Januar. Prima Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,50.

Berliner Viehmarkt.

Berlin, 8. Januar. Städtischer Schlachtviehmarkt. Amtlicher Bericht der Direktion. Es standen zum Verkauf: 488 Rinder, 2506 Kälber, 2261 Schafe und 15 112 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 kg Schlachtgewicht in Mark (bezw. für 1 Pfd. in Pfg.): Kälber: a. feinste Mastkälber (Vollmilchmast) und beste Saugkälber 93 bis 98 Mk.; b. mittlere Mastkälber und gute Saugkälber 78 bis 85 Mk.; c. geringe Saugkälber 47—61 Mk.; d. ältere gering genährte Kälber (Fresser) —,— Mk. — Schafe: a. Mastlämmer und jüngere Masthammel 84—86 Mk.; b. ältere Masthammel 73 bis 76 Mk.; c. mässig genährte Hammel und Schafe (Märzschafe) 60—64 Mk.; d. Holsteiner Niederungsschafe —,— Mk.; auch pro 100 Pfund Lebendgewicht —,— Mk. — Schweine: Man zahlte für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara: a. vollfleischige, der feineren Rassen und deren Kreuzungen 58 Mk.; b. fleischige 55 bis 57 Mk.; c. gering entwickelte 50—54 Mk.; d. Sauen 54 Mk. Verlauf und Tendenz. Vom Rinderauftrieb blieben ungefähr 25 Stück unverkauft. Der Kälberhandel gestaltete sich langsam, es bleibt Ueberstand. Bei den Schafen fand der Bestand glatt Absatz. Der Schweinemarkt verlief ruhig, schloss langsam, und wird nicht geräumt. Ausgesuchte Schweine brachten Preise über Notiz.

Metalle.

London, 8. Jan. Silber 26⁷/₁₆.

Glasgow, 8. Jan. (Mittag.) Roheisen stetig, Middlesbrough warrants 48/5½.

Prämien-Kursbericht

der Bankfirma Samuel Zielenzieger. Berlin, 8. Januar 1908.

Telegramm-Adresse: „Bahnenbank Berlin".

	Vorprämien. Januar	Vorprämien. Februar	Rückprämien. Januar	Rückprämien. Februar
Lombarden	28⅜—⅝	28½—⅞	—	—
Franzosen	—	—	—	—
Mittelmeer	—	—	—	—
Baltimore	85⅜—1⅜	86½—2½	—	—
Canad. Pacific	—	—	—	—
Türken-Lose	—	—	—	—
Darmstädt. B.	—	—	—	—
Disc. Comm.	173—1¼	174—2	—	170—2
Berl. Hdlsges.	157⅜—1⅜	158½—2	—	—
Dtsch. Bank	231¾—1½	233—2¼	—	229—2¼
Dresdner Bk.	140⅝—1⅜	141¾—2	—	—
National Bk.	—	—	—	—
Schaaffhaus.	—	—	—	—
Oesterr. Cred.	201¼—1⅜	202¼—1¾	—	—
Dynam. Trust	—	—	—	—
Hamb. Packet	118⅜—1⅜	119¼—2	—	—
Nordd. Lloyd	106⅝—1⅜	107½—2	—	103—2
Prince Henry	122½—1½	123¾—2¼	—	—
Lüb. Büchner	—	—	—	—
Gr. Berl. Strb.	—	—	—	—
3% Reichsanl.	—	88½—¾	—	—
Italiener	—	—	—	—
4½% Chines.	—	—	—	—
Spanier	—	—	—	—
Warsch.-Wien	—	—	—	—
Ungar. Kron.	—	—	—	—
Russen v. 1906	81⅜—⅝	82¾—1⅜	—	—

Vorprämie per März: Baltimore 87—3¼, Reichsanleihe per April 83¾—1¼. Rückprämie per März: Diskonto 169—3¾, Deutsche Bank 228¾—2¾.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.

Saale und Unstrut.						Fall	Wuchs
Artern, Brückenpeg.	7. Jan.	+ 1,48		8. Jan.	+ 0,9	—	2
Nebra, Op.	„	+2,12		„	+2,13	—	1
„ Up.	„	+1,54		„	+1,52	—	8
Weissenfels, Op.	„	+2,36		„	+2,40	—	4
„ Up.	„	—0,12		„	—0,08	—	10
Trotha	„	+1,86		„	+1,86	—	—
Alsleben, Op.	„	+2,3		„	+2,22	8	—
„ Up.	„	+1,40		„	+1,40	—	—
Bernburg	„	+0,74		„	+0,84	—	12
Kalbe, Op.	„	+1,46		„	+1,42	—	2
„ Up.	„	+0,30		„	+0,36	—	6

Moldau Iser. Eger. Elbe.							
	Jan.	Fall	Wuchs		Jan.	Fall	Wuchs
Budweis	7. —0,08	—	—	Torgau	8. +0,02	—	1
Prag	„ —0,50	—	—	Wittenberg	„ +1,08	19	—
Jungbunzl.	„ +0,22	—	—	Rosslau	„ +0,60	18	—
Laun	„ +0,15	—	—	Barby	„ +0,48	8	—
Pardubitz	„ +0,46	—	1	Magdeburg	„ +0,98	2	—
Brandeis	„ —	—	—	Tangermde	„ +1,58	5	—
Melnik	„ —0,44	—	24	Wittenbge.	„ +1,50	8	—
Leitmeritz	8. —0,41	—	16	Dömitz, Pg.	7. +1,04	19	—
Aussig	„ —0,15	—	26	Hohnstort	8. +1,24	14	—
Dresden	„ —1,80	—	6	Lauenburg	„ +1,28	15	—

Schleppschiffahrt auf der Elbe.

(Hafen- und Lagerhaus-Aktien-Gesellschaft, Aken a. d. Elbe.)

Aken, 8. Januar. Eildampfer „Calbe" hat heute seine Talreise nach Hamburg angetreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19080109010/fragment/page=0006